



Ab in die Tonne mit diesen Verträgen! Solidarische BSR-Kollegen entsorgten professionell. Aktionsreicher Abschluss der Musikschuldemonstration auf dem Berliner Gendarmenmarkt am 23. April. Foto: Gabriele Serfat

INHALT

SEITE 3

»Zerstörte Vielfalt« – Themenjahr in der MedienGalerie

SEITE 4

Fast jeder Dritte soll bei der Berliner Zeitung gehen

SEITE 7

Gefährliche Arbeit als Fotoreporter in Syrien

MITTELSEITEN

Im Gleichschritt marsch? Verhältnis von Bundeswehr und Gewerkschaften

SEITE 12/13

Lebensweisheiten zum Lesemarathon

SEITE 14

Stefan-Heym-Preis für Christoph Hein

VON LUFT UND LIEBE LEBEN WIR?

Kundgebung der Berliner Musikschulen für feste Stellen und einen Tarifvertrag

Es geht bergab mit der Musik, so will's die Politik...« Getrommelt und geblasen war der fantasiereiche Protest der Berliner Musikschullehrerinnen und -lehrer am 23. April vor dem Konzerthaus am Gendarmenmarkt unüberhörbar. Von Luft und Liebe leben wir? fragten sie in ihrem Protestlied. Aus ganz Berlin waren Musikschullehrkräfte gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, mit Eltern, Vertretern von Orchestern, Verbänden und der Politik dem Aufruf der ver.di-Fachgruppe Musik und der Berliner Landeslehrerververtretung gefolgt.

Anlass für wiederholte Protestaktionen sind die durch das Land Berlin angebotenen neuen Honorarverträge für die zumeist freiberuflichen Lehrkräfte – diese ca. 92prozentige Freiberuflichkeit ist bundesweit ohne Beispiel – die ihre prekäre Situation verschärfen und die Qualität des Un-

terrichts gefährden. Bereits unzureichend bezahlt und sozial kaum abgesichert, sollen Honorarkräfte mit Einkommenseinbußen durch wegfallende Monatsgehälter, zusätzlichen bürokratischen Aufwand für Einzelstundenabrechnung und verzögerte

KEINE ERHÖHUNG, SONDERN VERSCHLECHTERUNG

Anpassung von Honoraren an tarifliche Erhöhungen weitere Verschlechterungen hinnehmen.

Werden die neuen Verträge nicht unterschrieben, wurde von den Bezirksämtern erklärt, dass die bestehenden gekündigt werden. So wird Druck ausgeübt. Monika Stocksmeier, seit 25 Jahren Musikschullehrerin in Tempelhof-Schöneberg: »Ich fühle mich zutiefst verunsichert. Ich will

auf keinen Fall meinen Arbeitsplatz verlieren. Und ich kann auf keinen Fall das Angebot unterschreiben.« Steffen Küchler, Vorsitzender der Landeselternvertretung, rechnete vor, dass der Stundenlohn für hochqualifizierte Musiklehrerinnen und -lehrer umgerechnet bereits einem Mindestlohn für Ungelernte gleich komme. »Schaffen Sie mehr feste Stellen!« appellierte er an die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses.

Thomas Birk von Bündnis 90/Grüne versicherte, dass bei vielen ungelösten Problemen dieses ihn am meisten empöre. Es sei einer Kulturstadt wie Berlin unwürdig. Der Protest jetzt vor den Haushaltsberatungen sei genau der richtige Zeitpunkt. »Weil Berliner Musikschullehrer keine Lehrkräfte zweiter Klasse sind, hat das Land Berlin für ihre angemessene Vergütung und soziale Absicherung zu sorgen«, bekräftigte Lutz

Fußangel, Vorsitzender der ver.di Fachgruppe Musik. Die Forderungen sind klar: Vorrangig feste Stellen wie in anderen Bundesländern und einen Tarifvertrag für Honorarkräfte!

Die jetzt angebotenen Honorarverträge dagegen – so Hubert Kolland, Vorsitzender des Landesmusikrates – »zerstören den Organismus Musikschule und gehören in die Tonne!« Selbige hatten sympathisierende Kol-

ORGANISMUS MUSIKSCHULE NICHT ZERSTÖREN

legen von der Berliner Stadtreinigung gleich mitgebracht. Sie kümmerten sich freundlicherweise auch um die professionelle Entsorgung der symbolisch von den Demonstranten zerrissenen und in den Müll geworfenen Verträge. B. ERDMANN

Die Bundestagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Die Wahlprogramme der Parteien werden aufgelegt. Dazu gibt es aus Sicht der ver.di-Mitglieder im Medien- und Kulturbereich Prüfsteine, um eine Wahlentscheidung zu treffen.

Medien sind keine Ware wie jede andere und bedürfen gezielter Aufsicht, sollen sie ihrem Auftrag gerecht werden. Ansätze der Medienregulierung greifen im digitalen Zeitalter aber nicht oder nur bedingt. So lassen die Vorgaben zur Bewertung von Meinungsmacht, die einer Verhinderung derselben dienen sollen, den Einfluss von Internet-Suchmaschinen bei der Steuerung von Zugriffen auf Medieninhalte komplett außer Acht. Es müssen crossmediale Lösungen zu finden sein, die den Onlinemarkt berücksichtigen.

Auch dem Erhalt von Tageszeitungsverlagen kommt große Bedeutung zu. Vor allem Lokal- und Regionalzeitungen sind eine wichtige Informationsquelle. Die Krise in der Medienwirtschaft beschleunigt aber Konzentrationsprozesse und erhöht den wirtschaftlichen Druck auf die noch unabhängigen Zeitungsverlage. Eine Öffnung des Kartellrechts erleichtert Pressefusionen und gefährdet die publizistische Vielfalt. Angebotsvielfalt aber ist auch durch

Anbiervielfalt sicherzustellen. Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist unerlässlich. Er soll nicht allein ein Gegenstück zum privat-kommerziellen Rundfunks bilden. Dieser wiederum kann sich nicht nur auf kommerziell verwertbare Inhalte be-

sel auf digitale Medien gefährdet diese Einnahmequellen. Das Internet macht digitale Kopien zumeist ungeschützt verfügbar. Für derartige Vertriebsmodelle – z.B. E-Book, Musik-Download – bestehen kaum Standards für eine Vergütung von pro-

ger ist gerade in Zeiten der Krise unerlässlich. Sie gewährleistet künstlerische Freiheit und sichert wirtschaftliche Eigenständigkeit. Das gilt für Theater und Bühnen, Orchester, Musik- und Kunstschulen ebenso wie für Ateliers und Bibliotheken, Museen und soziokulturelle Zentren.

Der stark wachsende Medien- und Kulturbereich ist geprägt von Selbständigen, von denen viele für die Einstiegsphase auf eine Förderung angewiesen sind. Seit dem Kahlschlag beim Gründungszuschuss 2011 ist die Zahl der Existenzgründungen abgesackt. Die Einschnitte sind rückgängig zu machen, der Gründungszuschuss wieder als Pflichtleistung einzusetzen. Freiberufler bedürfen einer Stärkung ihrer Interessenvertretung. Vor allem im öffentlich-rechtlichen Rundfunk stellen sie einen Großteil des Personals. Mehrere Bundesländer haben bereits den Geltungsbereich ihres Landespersonalvertretungsgesetzes auf diese arbeitnehmerähnlichen Freien ausgedehnt. Eine Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes würde auch länderübergreifende Sender berücksichtigen ...

Das sind einige, aus meiner Sicht wesentliche Aspekte, die in ver.di organisierte Medien- und Kulturschaffende in ihre Wahlentscheidung im September einbeziehen sollten.

AUF EIN WORT

**MEDIEN SIND
KEINE WARE WIE
JEDE ANDERE**

**ANDREAS KÖHN, FACHBEREICHSLIETTER MEDIEN,
VER.DI LANDESBEZIRK BERLIN-BRANDENBURG**



Foto: Chr. v. Polentz / transfoto.de

rufen. Das duale Rundfunksystem ist eine »Gesamtrundfunkveranstaltung« mit einem gesamtgesellschaftlichen Auftrag.

Bislang stellt das geltende Urheberrecht noch eine – halbwegs – solide Basis für Einnahmen in Kultur- und Medienberufen dar. Der Wech-

professionell tätigen Urheberinnen und Urhebern sowie Künstlerinnen und Künstlern. Der Gesetzgeber ist gefordert, Grundlagen zum Durchsetzen vereinbarter Mindestvergütungen zu schaffen. Die Kulturfinanzierung zur kulturellen Grundversorgung für alle Bürgerinnen und Bür-

Brüning hat dafür in der 1980er Jahren eine Reihe von Frauen interviewt, die alle ähnlich schwere Schicksale ertragen mussten. Auf unterschiedlichen Wegen waren sie, meist Mitglieder der KPD, in die Sowjetunion gelangt. Elisabeth Gles: »Wir alle wünschten ja nichts sehnlicher, als in der Sowjetunion beim Aufbau helfen zu dürfen.« Ab 1935 gerieten sie in die Mühlen einer mörderischen Justiz. Unter unbegreiflichen Beschuldigungen, meist der Spionage, wurden sie eingesperrt und, von Partnern und Kindern getrennt, zur Zwangsarbeit an die unwirtlichsten Orte hinter dem Ural verbracht. Elfriede Brüning hat deren Erinnerungen in sachlichem, schnörkellosem Stil unkommentiert aufgezeichnet.

Es ist ein schmaler Band, aber dennoch schwer zu lesen – jedes Kapitel gibt ein fast unbeschreibliches Schicksal wider, hält fürchterliche Erschütterungen parat, von denen ich erst immer wieder inneren Abstand gewinnen musste. Natürlich ist bekannt, was unter dem unreflektierten Begriff Stalinismus verstanden wird. Aber von den Betroffenen

selbst die eigenen unmenschlichen Lebensumstände geschildert zu bekommen, füllt den Begriff mit schwerem Leben und Überleben. Maria, bis dahin »Gefühlskommunistin«, trat 1932 einen Posten als Sekretärin bei der kranken, fast blinden Clara Zetkin an; das Zusammensein mit dieser eindrucksvollen Frau formte sie. Doch 1937 wurde ihr Mann verhaftet; sie sah ihn nie wieder. Sie selbst kam nach Baschkirien, »lebte unter primitivsten Verhältnissen, arbeitete ungemein hart«. Man liest, wie Frauen in Karaganda die Kohle aus den Bergwerken holten und nah am Schacht in einer Erdhöhle ohne Strom und Wasser »lebten«, von Elisabeth Gles erzählt. Wie gehungert wurde (wie von allen im Land). Wie in der Steppe unter quälender Hitze und Dürre eine Stadt errichtet wurde – »und Baikonur, das war unser Werk«, erinnert sich Ruth. Aus dem Gespräch mit ihr stammt der Titel des Buches: Nun, ich lebe noch.

Die Frauen haben sich gern der Schriftstellerin anvertraut, denn bis dahin hatten sie über viele Jahre schweigen müssen. Aber allen ist ge-

meinsam, dass sie dennoch ihren sozialistischen Idealen treu geblieben sind und nach besten Kräften versuchten, beim Aufbau der DDR zu helfen. Dass sie eine innere Bindung an die Sowjetunion behielten, ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dort die bewegendsten Jahre ihres Lebens verbracht und Freunde gefunden zu haben.

In ihrem Vorwort sucht die Verfasserin, auf knappem Raum die politischen Umstände der sowjetischen Politik zu umreißen. Für sie ist der Begriff Stalinismus eine unzulässige Vereinfachung, die in »ihrer Primitivität als Schlagwort taugt, als Totschlagwort«. Es verhindere eine sachliche, historisch gesicherte Auseinandersetzung mit jener Zeit, die nach heutigen moralischen Maßstäben grausam und unmenschlich war. Ihre Meinung: »Das darf man weder verteidigen noch entschuldigen. Aber man muss es erklären.«

ANNEMARIE GÖRNE

Elfriede Brüning: Nun, ich lebe noch. Deutsche Kommunistinnen in sowjetischen Lagern. Tonbandgespräche. Verlag am Park 2013. 150 Seiten. 14,95 Euro. ISBN 978-3-89793-291-3

BUCHTIPP

**ELFRIEDE BRÜNING:
NUN, ICH LEBE NOCH**

VERLAG AM PARK 2013

Dieses Buch hat eine besondere Geschichte: Es erschien 1990 und versprach seines besonderen Inhalts wegen ein Bestseller zu werden, zumal es in der DDR keine Chance gehabt hätte. Doch welcher Irrtum – es kam nicht gegen die Sturzwellen der Westliteratur an und landete, gleich anderer DDR-Ausgaben, im Reißwolf. »Wahrheit hat es nämlich meist schwer«, konstatiert die Autorin im Vorwort. Sie hat dennoch das Buch jetzt aufs Neue herausgebracht, und es ist wunderbar, dass sie, nun 102 Jahre alt, das Erscheinen erleben kann.

»Zerstörte Vielfalt« in der MedienGalerie

ver.di dokumentiert im Themenjahr die »Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse« durch die Nazis



Litfaßsäule auf Zeit: Gegenüber der MedienGalerie (im Hintergrund) wird am Berliner U-Bahnhof Platz der Luftbrücke auf das Themenjahr »Zerstörte Vielfalt« und die Ausstellung aufmerksam gemacht.

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

Im Fokus: die Gewerkschaftsmitglieder – Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse« lautet der Titel der am 15. März 2013 in der MedienGalerie eröffneten Ausstellung, mit der das Archiv der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft an die Vorgeschichte und die Ergebnisse der gewaltsamen Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933 erinnert. Sie läuft noch bis 28. Juni.

Es war eine Initiative »von unten«, das Engagement vieler Institutionen, Organisationen und Vereinigungen, den Machantritt der Nazis vor 80 Jahren und seine zerstörerischen Folgen zu einem zentralen Thema der heutigen Bundeshauptstadt zu machen. Der Berliner Senat griff diese Initiative auf und unterstützte vor allem Koordination und Öffentlichkeitsarbeit aller am Themenjahr »Zerstörte Vielfalt – Berlin 1933 – 1938« beteiligten Projekte, die sich aus spezifischen Blickwinkeln mit dem Alltag jener Jahre auseinandersetzen. Das Themenjahr soll an die mit dem 30. Januar 1933 begonnene Zerstörung der in der damaligen Reichshauptstadt versammelten Vielfalt erinnern, einer Vielfalt von kulturellen, politischen, philosophischen und künstlerischen Ausprägungen von Menschen aus aller Welt, die in Berlin heimisch waren.

Für alle Gewerkschaften der Weimarer Republik, aber besonders für

die freien, sozialistischen Gewerkschaften im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), waren die Zeitschriften das zentrale Kommunikationsmittel: Die Vorstände nutzten sie für politische Botschaften und organisatorische Hinweise, die Redaktionen stellten Informationen aus den Regionen zusammen, und die Mitglieder schrieben Stellungnahmen für die Leserbriefseite. Die Verbandsorgane waren auch Aufklärungs- und Bildungsblätter.

Von der Erkenntnis »Wissen ist Macht – Macht ist Wissen« geleitet, investierten die freien Gewerkschaften viel Geld in ihre Presse und ihre Bildungsarbeit. So gaben sie 1929 da-

TERROR DRÄNGTE GEWERKSCHAFTEN ZURÜCK

für mehr als 13 Mio. Reichsmark aus, die Kosten der Arbeitskämpfe lagen nur geringfügig höher. Die Gewerkschaften gaben 33 Verbands-, zwölf Branchen-, 16 Jugend- und 16 fachtechnische Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 6,1 Mio. heraus.

Noch 1932 erschienen Artikel wie »Schlagt Faschismus und Reaktion«, Gewerkschaftsredakteure schrieben gegen die zur Macht drängenden Nazis an: »Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein.«

Noch hatten die Nazis Respekt vor der gewerkschaftlichen Medienmacht. Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 verschärfte sie ihren nunmehr staatlich legitimierten Terror. Mit präsidialen Erlassen wurden die grundlegenden demokratischen Rechte beseitigt. Das vom NSDAP-Mitglied Frick geleitete Innenministerium verbot immer wieder das Erscheinen von Gewerkschaftszeitungen. Die Überfälle von Schlägerbanden der Nazis auf Gewerkschaftseinrichtungen und -funktionäre häuften sich.

Angesichts des Terrors wichen die Gewerkschaften mehrheitlich zurück und flüchteten in Anpassungsstrategien bis hin zur Selbsterleugnung. Nur einzelne leitende Funktionäre widersetzten sich diesem Kurs und traten von ihren Ämtern zurück. Obwohl für die Vorbereitung des 1. Mai 1933 bereits gänzlich entmachtete, riefen ADGB und Einzelgewerkschaften ihre Mitglieder dazu auf, an den von den Nazis organisierten Massenaufmärschen zum »Feiertag der Nationalen Arbeit« teilzunehmen.

Die Hoffnung, durch Anpassung das Überleben der Organisationen zu sichern, baute auf eine fatale Fehleinschätzung: Am 2. Mai 1933 besetzten Sturmtrupps von SA und SS die Gewerkschaftshäuser, verwüsteten Büros, verhafteten Funktionäre und beschlagnahmten die Vermögen. Die freien Gewerkschaften hörten

auf zu existieren. Viele Gewerkschaftszeitungen wurden sofort verboten, ihre Redakteure verhaftet oder entlassen. Übrig ließen die Nazis einige wenige Verbandszeitschriften, die am 3. Mai 1933 dem »Presse- und Propagandaleiter« des nationalsozialistischen »Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit« unterstellt wurden.

Dennoch gelang es Gewerkschaftern im Untergrund und vom Ausland aus, die Stimme gegen den Faschismus nicht verstummen zu lassen. Sie trafen sich unter unpolitischen Vorwänden, bildeten informelle Netzwerke, druckten Flugblätter und verteilten sie. Besonders aktiv waren Mitglieder der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF). Sie gaben »Hakenkreuz über Deutschland« und »Faschismus« heraus und verbreiteten die Blätter des Widerstands per Eisenbahn, Schiff und mit illegalen Kurieren über die Grenzen hinweg.

CONSTANZE LINDEMANN

SPALTUNG WAR FALSCH

Begleitprogramm mit lebendigem Rückblick

Die Ausstellung in der MedienGalerie zum Themenjahr »Zerstörte Vielfalt« wurde am 9. April von der Vorstellung der Biografie Siegfried Aufhäusers (1884-1969) begleitet. Das Leben dieses Gewerkschafters, der die Angestelltenbewegung in Deutschland begründete und 40 Jahre in ihr gewirkt hat, der von sich sagte, dass er durch die Gewerkschaft zum Sozialisten geworden ist, schlägt einen Bogen bis in die Gegenwart. Denn zu diesem Thema war als Gast Roland Issen, ehemals DAG-Vorsitzender, der fachkundige Redner. Er selbst wirkte ganz im Sinne Aufhäusers, der die Spaltung innerhalb der Gewerkschaften für falsch gehalten hat. Über Jahre hat Issen, wie er schilderte, hartnäckig, in kleinen Schritten, die DAG wieder unter das Dach des DGB zurückgeführt. Und wurde damit zum Mitbegründer von ver.di. A.G.

Schlimmer als früher bei Mecom

Kündigungsdrohungen und kaum Klarheit über die Zukunft im Berliner Verlag

Im Berliner Verlag seit dem Verkauf der »Frankfurter Rundschau«: Von strategischem unternehmerischen Handeln keine Spur. Stattdessen Streichen, Sparen, Aufspalten. Die »Berliner Zeitung« steht vor der größten Kündigungswelle seit Jahren. Über den »Berliner Kurier« ist die Woge schon hinweg. Gerüchte über weitere Umstrukturierungen im Verlag wabern. Webshop und Leserreisen wurden in die DuMont Shop GmbH nach Köln ausgelagert. Ob auch Anzeigenabteilung und Dokumentation outsourct werden, ist bislang unklar. Scheinbar steht alles auf dem Prüfstand.

Die Beschäftigten bei »Berliner Zeitung« und der Redaktionsgemeinschaft mit der FR (ReGe) leben seit Wochen unter dem Damoklesschwert, dass fast jeder Dritte gehen muss – 46 Stellen sollen abgebaut werden, 32 von aktuell 128 aus der bisherigen Mantelredaktion für Berliner und FR und bis zu 14 in der 29-köpfigen Autoren-ReGe. Die genauen Planungen waren lange ge-

heim, selbst die Betriebsräte wurden zu Stillschweigen verpflichtet. Doch die Redaktion »möchte mitreden«. Dass bislang nie diskutiert wurde, »wie das Niveau der Print- und der Online-Ausgabe der Berliner Zeitung unter solchen Bedingungen erhalten bzw. verbessert« werden könne, kri-

STREICHEN, SPAREN AUFSPALTEN

tisierte der gewählte Redaktionsausschuss und lieferte einen Forderungs- und Vorschlagskatalog, der nach einer Befragung entstand. Bislang folgenlos.

Gleichzeitig sollten sich die Redakteure/innen für oder gegen ein freiwilliges Abfindungsmodell entscheiden, das mal ausgesprochen, beendet, wieder verlängert und erneut geschlossen wurde. Katze-im-Sack-Kaufen ist nichts dagegen. Der Druck erhöhte sich, als die Geschäftsführung angekündigte, »im Zuge des

anstehenden Personalabbaus« nach Altersgruppen und zwischen denen proportional kündigen zu wollen. Eine solche Sozialauswahl solle sicher sein, dass nach dem Kahlschlag eine »ausgewogene« Altersstruktur erhalten bleibe. Das sei rechtlich zulässig. Aber auch ohne Mitsprache des Betriebsrates? Der hält das Vorgehen für einen juristischen Irrweg. Der Konflikt ist programmiert.

Immerhin konnten die Interessenvertreter beim »Berliner Kurier« sichern, dass nur zehn statt der geplanten 13 Stellen abgebaut wurden und dasa die Leserbriefredaktion erhalten wird. Es wurde eine Beschäftigungsgarantie bis 31. März 2014 vereinbart. Am 9. April hat die DuMont Digitale Redaktion Insolvenz angemeldet. In der GmbH mit Sitz in Frankfurt/Main wurden die überregionalen Online-Auftritte und Apps für »Berliner Zeitung« und FR produziert. Da der FR-Auftrag passé ist, wollten die Beschäftigten – davon arbeiten drei Festangestellte und zehn feste Freie in Berlin – Klarheit

und wurden monatelang hingehalten. In einem Offenem Brief machten sie darauf aufmerksam, dass nicht nur das insolvente Druck- und Verlagshaus Frankfurt, sondern zu 20 Prozent auch der DuMont-Konzern und zu 40 Prozent der Berliner Verlag Gesellschafter dieser Redaktionsgesellschaft sind. Wie die angekündigte stärkere Verzahnung von Print und Online künftig aussehen soll, steht in den Sternen.

Der Betriebsrat des Berliner Verlages beginnt mit der Geschäftsführung nun Verhandlungen über den Stellenabbau. Die dürften sich noch hinziehen. »Wir wollen einen Sozialplan abschließen«, versichert Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch, unabhängig davon, dass im Sozialtarifvertrag bereits Abfindungsregelungen vereinbart sind. »Für die Betroffenen gilt dann die günstigere Regelung. Außerdem geht es um Transfermaßnahmen und Schulungen für langjährige Beschäftigte.« Insgesamt sieht die Betriebsratsvorsitzende die aktuelle Lage »schlimmer als seinerzeit unter der Heuschrecke Mecom. Alle Maßnahmen führen zur Zerschlagung des Berliner Verlages in kleine Teile und unterlaufen den Haustarifvertrag.« **NEH**

RBB-FREIE MIT TARIF

Seit dem 1. April sind zwei neue Tarifverträge für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im rbb in Kraft. Mit dem Vertrag über die Mindestbedingungen existieren erstmals für alle Freien sowie für studentische Beschäftigte grundsätzliche Regeln. Dieser schützt auch jene, die weniger als 42 Tage im halben Jahr arbeiten und nicht unter den Tarifvertrag für Arbeitnehmerähnliche fallen. Festgelegt ist, wann ein Vertrag zustande gekommen ist, wann bezahlt wird und was passiert, wenn der rbb den Dienst absagt. Erfreulich: Für die Brandenburger Standorte gilt nun der Acht-Stunden-Arbeitsstag. Ein Meilenstein ist der einheitliche Honorarrahmen für Freie in der Produktion: Für Überstunden und Nachtarbeit von 22 bis 6 Uhr erhalten sie einen Zuschlag von 25 Prozent. An Sonntagen gibt es 50, an Feiertagen 100 Prozent mehr für Tagessätze bis zur 242 Euro Kappungsgrenze. Um einheitliche Honorare für Programm-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird noch gerungen. **UCB**

115 Druckereibesetzte ausgelagert

Madsack gründet in Potsdam eine tariflose PRESSEDruk GmbH

Der Zeitdruck war hausgemacht: Mit der Ankündigung, endlich eine neue Maschine für die Druckerei der Märkischen Allgemeinen in Potsdam zu kaufen und sie bis Mitte nächsten Jahres voll funktionstüchtig zu haben, verband das Management der zum Madsack-Konzern gehörigen Märkischen Verlags- und Druck-Gesellschaft (MVD) die Forderung, die gesamte Druckerei auszulagern. Tatsächlich wurde zum 1. April die PRESSEDruk Potsdam GmbH gegründet, in die 115 Beschäftigte per Betriebsübergang nach § 613a wechselten – nahezu alle bisher in der MVD-Druckerei Tätigen sowie einige Betriebs- und Haustechniker. Einzelheiten des Übergangs wurden per Betriebsvereinbarung als Transfersozialplan geregelt. Mit der Eigenständigkeit ist der neue Betrieb nicht mehr tarifgebunden. Die PRESSEDruk GmbH gehört mehrheitlich den »Kieker Nachrichten«, an denen Madsack Anteile hat. 49,9 Prozent hält die MVD. Der Betriebsrat bleibt für die neue Gesellschaft zuständig, die mit



Der Potsdamer Druckerei droht Personalabbau

Foto: Chr. v. Polentz / transfotografie.de

der MVD als Gemeinschaftsbetrieb weitergeführt wird. »Niemand weiß bis heute, welche neue Maschine angeschafft wird, welche Besetzungen und Arbeitszeitregelungen nötig werden«, erklärt Betriebsratsvorsitzende Karin Wagner. Über Personalabbau könnte erst verhandelt werden, wenn alle Details der neuen Rotation bekannt sind. Nach Manage-

mentvorstellungen sollen nur 67 Stellen erhalten bleiben, also müsste fast die Hälfte der PRESSEDruk-Besetzungen gehen. Doch solange nicht funktionierende Arbeitsabläufe exakte Aussagen zuließen, werte der Betriebsrat es als »mensenverachtend«, Beschäftigte jetzt zu kündigen und monatelang weiter für sich arbeiten zu lassen. **NEH**

»NewsEulen« flattern ins ver.di-Haus

Schülerzeitungswettbewerb in Brandenburg – dju stiftet Sonderpreis

Alle Jahre wieder ruft die Jugendpresse Deutschland zusammen mit den Bundesländern und weiteren Kooperationspartnern zum Wettbewerb der Schülerzeitungen auf. In Brandenburg prämiiert der Landtag die Schülerzeitungen, die Preise des diesjährigen zehnten Wettbewerbs gab es am 18. März im Plenarsaal auf dem Potsdamer Brauhausberg.

Als Laudatoren standen Landtagspräsident Gunter Fritsch, Landtagsvizepräsidentin Gerrit Große und die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Martina Münch bereit, dazu noch Ben Kotala von der Jugendpresse Brandenburg und Susanne Stracke-Neumann für die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di Berlin-Brandenburg. Die Vizepräsidentin, Jugendpresse und dju waren zusammen mit Vertretern von Landespressekonferenz und Landtagsverwaltung bereits in der Jury und hatten die Auswahl der Preisträger getroffen.

Die Sieger und Zweitplatzierten der jeweiligen Schularten aus allen Bundesländern werden weitergeschickt in den Bundeswettbewerb. Wer sich dort ebenfalls behaupten kann, erhält seine Urkunde am 6. Juni im Deutschen Bundesrat in Berlin vom Ratspräsidenten persönlich. In diesem Jahr wird das der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs Winfried Kretschmann sein. Die »Reporterkids« der Grund- und Ober-



Stolze Preisträgerinnen mit Landtagspräsident Gunter Fritsch (hinten), Vizepräsidentin Gerrit Große (hinten, daneben), Lehrerin Dorothea Eckert (2. v. r.) und dju-Mentorin Dr. Susanne Stracke-Neumann (Mitte) Fotos: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Beide Schülerzeitungen sind keine Neulinge in diesem Wettbewerb, wohl aber die erst im November 2011 gegründete »NewsEule« des Gymnasiums Wandlitz. Zusammen mit ihrer Lehrerin Dorothea Eckert hatten die Schülerinnen und Schüler ihre sechste Ausgabe vom November 2012 eingereicht und auf Anhieb den dritten Platz belegt. Mit Blumen und Urkunde saßen sie bereits glücklich auf den Abgeordnetenbanken, als es für sie wie für alle bereits Geehrten am Ende der Feier noch einmal spannend wurde: Wer würde den dju-Sonderpreis bekommen? Ein Preis, der sich der Nachwuchsförderung widmet und aus einem Seminartag im Berliner ver.di-Haus und einem Bücherpaket für die Redaktionsbibliothek besteht. Wieder konnten die jetzt ziemlich sprachlosen »NewsEulen« zum Rednerpult kommen und eine zweite Urkunde entgegennehmen.

Auf der Rückfahrt nach Wandlitz haben die Redakteurinnen und Redakteure der »NewsEule« ihre Sprache wieder gefunden. »Wir haben während der Fahrt nur über den Sonderpreis und das Journalismus-Seminar geredet«, berichtete Dorothea Eckert über ihre Freude.

Seither waren die jungen Zeitungsmacher dabei, Fragen zu sammeln, die neueste »M – Menschen Machen Medien« und die Internetseiten der dju zu sichten. Die Fragen zur M haben sie am 25. April M-Redakteurin Karin Wenk gestellt. Über journalistische Stilformen, Layout, presserechtliche Regelungen, Ausbildungswege in den Journalismus, eine Blatt-

kritik der bisherigen Ausgaben der »NewsEule« und Möglichkeiten zur Verbesserung ihres Internet-Auftritts diskutierte Susanne Stracke-Neumann mit den »NewsEulen«.

Was dann beim Schülerzeitungswettbewerb im kommenden Jahr für die »NewsEule« aus Wandlitz drin ist, wird sich zeigen. Denn viele der Gewinner sind »Wiederholungstäter« und reichen ihre Schülerzeitungen jedes Jahr ein. So bei den Förderschulen »Löwenstark« von der Schule Am Grünen Grund in Bad Belzig. Zweite wurde hier »AZ« von der Hans-Christian-Andersen-Schule in Teltow, dritte »Frei-Zeit« aus Senftenberg.

DIE REPORTERKIDS SIND IM BUNDES RAT DABEI

Bei den Grundschulen siegte »Paulie« von der Paul-Maar-Schule in Schönefeld vor dem »Waldkäuzchen« der Waldhofschaule Templin und den »Wilden Seiten« der Grundschule Wildenbruch in Michendorf. Bei den Oberschulen wurde in diesem Jahr kein erster Preis vergeben. Auf dem zweiten Rang landeten »Werners Beste Seiten« der Werner-von-Siemens-Schule in Gransee vor »Alles drin« von der Libertas-Grund- und Oberschule Löwenberg.

Inzwischen hat die Bundesjury getagt: Im Bundesrat werden die »Reporterkids« die einzigen Vertreter Brandenburgs sein. Berlin ist mit dem »Moron« des Carl-von-Ossietzky-Gymnasiums dabei. **SUS**

MELDUNGEN

■ Bitteres Aus für dapd

Die nun insolvente, 2010 gegründete Nachrichtenagentur dapd hat am 11. April ihre Arbeit eingestellt. 175 fest angestellte Beschäftigte verlieren ihren Job, Freie ihre Aufträge. Nachdem die russische Regierung als Mehrheitseigentümerin des staatlichen Nachrichtendienstes Ria Novosti ihre Bereitschaft zur Übernahme zurückzog, misslang der letzte Rettungsversuch. »Das ist das bedauerliche Ende eines journalistisch hochwertigen Angebots«, kommentierte Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der dju, das Aus. Die Investoren Löw und Vorderwülbecke hätten überambitioniert den Agenturmarkt mit Dumpingangeboten aufzumischen versucht, dann das Weite gesucht und die Beschäftigten ihrem Schicksal überlassen. Der darauf folgende Investor Ende sei offenbar ohne eine einzige Idee für die Fortführung des Geschäfts eingestiegen. So sei der Niedergang nicht mehr aufzuhalten gewesen. Haß appellierte an Verlage und Agenturen, eine Lösung für die Ausbildungsperspektive von Volontären zu finden. **RED**

■ Personalabbau bei Cornelsen

Noch im ersten Halbjahr will die Cornelsen Schulverlage GmbH (CSV) Arbeitsplätze von 220 bis 250 Beschäftigten abbauen. ver.di lehnt das ab. Die rund 1000 Beschäftigte zählende CSV hat ein positives Betriebsergebnis. Ohne erkennbare Not werden Beschäftigte zur Sicherung der zukünftigen Rendite auf die Straße gesetzt. Dabei – so ver.di – wird der Druck auf sie »planvoll, systematisch und bewusst« in der Personalarbeit eingesetzt. »Der Wettbewerb mit dem Ernst Klett Verlag um die Marktführerschaft darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden«, sagt ver.di-Gewerkschaftssekretär Jörg Reichel. Bislang sei nur mit dem Betriebsrat ein Rahmensozialplan mit Altersteilzeit und Vorruhestand vereinbart worden. Zu verhandeln sei über sozialverträgliche Alternativen zum Personalabbau. »Wir haben mehrfach Gespräche angeboten«, so Reichel, »bislang ist die Geschäftsleitung aber noch nicht auf uns zugekommen.« **RED**

SEMINARTAG IM VER.DI-HAUS ALS SONDERPREIS

schule Schenkenland in Köris werden dabei sein, denn sie haben bereits den Sonderpreis »Aufgetischt und abgefertigt? Essen in der Schule« auf der Bundesebene gewonnen, außerdem in Brandenburg den Sonderpreis des Landtagspräsidenten.

In Brandenburg belohnte die Jury in der Kategorie Gymnasien und Gesamtschulen zwei Redaktionen mit dem ersten Preis für ihre umfangreichen und interessanten Schülerzeitungen: »der tornowgraph« des Evangelischen Gymnasiums Hermannswerder, der auch den Sonderpreis der Jugendpresse »Kritische Berichterstattung« erhielt, sowie den »Lenné-Überflieger« der Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule in Potsdam.

RAN AN DEN SPECK DER REICHEN

Der UmFAIRteilen Aktionstag forderte am 13. April auf dem Potsdamer Platz – passenderweise auch vor der Berliner Spielbank am Marlene-Dietrich-Platz – Reichtum umzuverteilen, ihn stärker zu besteuern, sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken: Zu wenige Kita-Plätze, marode Schulen und Spielplätze, geschlossene Jugendzentren und abgeschmolzene soziale Projekte, fehlende Investitionen in sozialen Wohnungsbau – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Aufgaben. Am bundesweiten Aktionstag beteiligten sich 100 Städte – mehr als doppelt so viele wie zum ersten Aktionstag 2012.



Foto: Jürgen Heinrich

Ver.di ist die Gewerkschaft der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb stoßen die im Land beginnenden Haushaltsberatungen für die beiden nächsten Jahre auf großes Interesse. Hat doch der Berliner Finanzsenator Nußbaum mit der für 2012 bis 2016 vorgelegten Finanzplanung verkündet: »Zu dem ... eingeschlagenen Konsolidierungspfad besteht grundsätzlich keine Alternative.«

Dieser wird weitreichende Konsequenzen für alle Bereiche haben, seien es Nahverkehr und Straßen, Bezirksämter, Schulen und Krankenhäuser, seien es Kunst und Kultur. ver.di kann und wird nicht akzeptieren, dass Berlin unter dem Gebot der Schuldenbremse einem weiteren Verfall ausgeliefert wird. Denn nicht nur die Beschäftigten der verschiedenen Bereiche haben ein Interesse an der Ausfinanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ein riesiger Investitionsstau hat sich gebildet, es droht ein allgemeiner Personalmangel, erste Zusammenbrüche im Funktionieren der Verwaltung sind zu verzeichnen. So braucht die Elterngeldstelle in Charlottenburg-Wilmersdorf für die Bearbeitung von Anträgen auf Lohnersatzleistungen 20 Wochen. Die Ursache: Sechs Stellen müssten es sein, drei sind es nur. Auch das Bafög-Amt musste geschlossen werden, weil die wenigen Kolleginnen und Kollegen mit der Arbeit nicht nachkamen.

Ausgangspunkt für die derzeitige Finanzplanung des Senats ist der Konsolidierungsvertrag mit der Bundesregierung, der festlegt, wie Berlin die Schuldenbremse anzuziehen hat. Danach hat die Stadt bis 2020 ohne Nettokreditaufnahme auszukommen

Vor dem Abgrund

Haushaltsberatungen in den Bezirken und im Land – ver.di mischt sich ein

– eine Zielmarke, die der Senat schon im Jahr 2016 erreichen will. Davon ausgehend hält der Finanzsenator an der bisherigen Ausgabensteigerung von 0,3 Prozent fest.

Wie aber sieht die Bilanz der bisherigen Konsolidierungsbemühungen aus? Im Zeitraum 2001 bis 2011 sind die Ausgaben insgesamt um 2,4 Prozent gestiegen. Im Länderdurchschnitt mit 17,9 Prozent bildet Berlin damit das Schlusslicht. Im gesamten Zeitraum von 1995 bis 2011 lagen die Ausgaben unter denen des Jahres 1994 – das summiert sich auf insgesamt minus 24 Prozent. Nicht zu Unrecht heißt es im Finanzplanungsbericht: »...dies dürfte insgesamt einmalig unter den Ländern sein.«

Ganz konkret bedeutet das: Der Anwendungstarifvertrag mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat die Löhne und Gehälter von 2003 bis 2009 um zehn Prozent abgesenkt, was 500 Mio. Euro pro Jahr sparte. Die Wohnungsbauförderung sank um rund 76 Prozent, Investi-

onen wurden um 21 Prozent verringert. Die Konsequenzen sind folgenreich: Verbunden mit dem Stellenabbau von 207.151 Beschäftigten 1991 auf 106.093 im vergangenen Jahr haben wir es mit weitreichender Arbeitsverdichtung, Ausgliederun-

KATASTROPHALE ENTWICKLUNG FORCIERT

gen, Schaffung von Niedriglohnsektoren und tarifvertragsfreien Zonen zu tun. Einstellungen gibt es kaum noch, Ausbildungszahlen werden abgeschmolzen. Wegen einer überalterten Beschäftigtenstruktur droht künftig Personalmangel. Allein der Abbau von drei Mrd. Euro Investitionsstau müsste Ausgabensteigerungen von zusätzlichen 1,3 Prozent jährlich mit sich bringen.

Die wenigen Zahlen mögen genügen. Die rigide Schuldenabbaupolitik auf Kosten notwendiger Investitionen in die soziale und kulturelle In-

frastruktur des Landes und der Bezirke wird die katastrophale Entwicklung forcieren. Eine Politik, die sich den Zielen der Schuldenbremse verpflichtet, droht Berlin in den sozialen Abstieg zu treiben und setzt die Demokratie aufs Spiel.

Es liegt in der Verantwortung der Berliner Gewerkschaften, die Aufhebung des Konsolidierungsvertrages des Landes Berlin mit der Bundesregierung zu fordern.

Wenn es um den Erhalt von Schulen, Krankenhäusern, Bürgerämtern und anderen unverzichtbaren Einrichtungen der Daseinsvorsorge geht, muss die Schuldenbremse gelockert werden. Das Geld ist da, es muss umverteilt werden! Ob durch Steuererhöhungen für die großen Vermögenden, Abbau von Steuergeschenken an Vermögende, durch Aussetzen der Zinszahlungen oder Streichen der Schulden – wie auch immer, das muss politisch entschieden werden.

ver.di hat eine große Verantwortung: Es geht darum, gemeinsam mit den Beschäftigten auf Personalversammlungen und in Betriebsgruppen ein Sofortprogramm zur Wiederherstellung und Verteidigung der Handlungsfähigkeit der Bezirke und des Landes Berlin zu schaffen. Für dessen Umsetzung sollte ein gewerkschaftlicher Kampf organisiert werden – verbunden mit Überlegungen, wie die betroffenen Bürgerinnen und Bürger einbezogen und mobilisiert werden können.

GOTTHARD KRUPP

DREI MILLIARDEN INVESTITIONSTAU

Berliner Schulen	Über 1 Mrd. Euro
Krankenhäuser	Über 800 Mio.
Kitas	120 Mio.
Schwimmbäder	75 Mio.
U-Bahnen und Straßenbahnen	800 Mio
Straßen	400 Mio.

Quelle: Der Tagesspiegel, 5. Januar 2013

Den expliziten Entschluss, Kriegsberichterstätter zu werden, hat Thomas Rassloff nie gefasst. Vor sieben Jahren entschloss sich der leidenschaftliche Amateurfotograf, der zuvor Schweißtechniker, Pädagoge und Computertechniker gewesen war, die Fotografie zum Hauptberuf zu machen. Ein Interesse an den Konflikten und den Autonomiebewegungen im Nahen Osten war schon länger vorhanden. »Ich wollte einfach verstehen, was da passiert«, sagt er, »in den Medien wurde und wird immer ziemlich polarisierend berichtet.« Auf den Reisen fotografierte Rassloff viel, verkaufte ab und zu ein Bild. »Nach und nach ist das immer mehr geworden.« Nun lebt Rassloff einen Rhythmus, in dem sich zwei- bis dreiwöchige Reisen – zurzeit meist nach Syrien – mit einigen Wochen in Berlin abwechseln. Auch in dieser Zeit ist er fotografisch viel unterwegs: Sei es auf Demos gegen Nazis oder beim CSD.

Auch engagierte Fotografen müssen von etwas leben: Als Freelancer ohne feste Auftraggeber bietet Rassloff seine Fotos Agenturen, Zeitungen und Magazinen an, regelmäßigen Kontakt hat er zum Spiegel und zum Time Magazine. »Es gibt Reisen, da verdient man richtig gut, weil das Ereignis gefragt ist. Die Bilder vom Massaker in Aleppo im Januar sind sehr gut gegangen.« Der Ertrag der letzten Syrienreise im März fiel hingegen mittelmäßig aus. Das Makabre: Je grausiger eine Situation ist, umso besser lassen sich Fotos verkaufen. Weil die Ausrüstung teuer und das Reisen in den Krisengebieten kostspielig ist – gerade bei heiklen Einsätzen mit hohen Fahrer- und Dolmetscherkosten können schnell ein paar Hundert Euro pro Tag fällig werden – ist an Reichwerden nicht zu denken.

Warum macht jemand diese Arbeit? Abenteuerlust treibe ihn nicht, sagt Rassloff. Er finde es wichtig, dass über das, was in Syrien alltäglich passiert, berichtet wird. »Ich kann es, andere können es nicht und so mache eben ich es. Leider interessieren sich deutsche Redaktionen nur punktuell für das Thema.«

Oft ist schon die Einreise schwierig. Oft vergeblichen Versuchen, von Jordanien oder vom Libanon nach Syrien zu gelangen, erhielt Rassloff von einem Kollegen den Tipp, es über die Türkei zu versuchen. Nun reist er über die türkische Stadt Kilis ein, von wo aus man schnell per Taxi nach Aleppo kommt. Syrien ist aufgeteilt in Gebiete, die

Vom Leben mit der Gefahr

Fotograf und ver.di-Kollege Thomas Rassloff riskiert in Syrien Kopf und Kragen



Opfer nach Luftangriff in Aleppo Ansari

Fotos: Thomas Rassloff



Unterwegs im Krieg: Thomas Rassloff

vom Assad-Regime kontrolliert werden und solche, in denen die Freie Syrische Armee (FSA) das Sagen hat. Auf der Regimeseite würde er ohne Visum sofort als Agent verhaftet, arbeiten könne er auf Seite der relativ pressefreundlichen FSA. Um den Journalisten die Arbeit zu erleichtern, hat die FSA in Aleppo Mediencenter

installiert, in denen ausländische Journalisten übernachten und das Internet nutzen können. »Dort treffe ich auf eine Handvoll von Kollegen – etwa aus den USA, aus Europa oder auch schon mal aus Lateinamerika. Man kennt sich.« Mit der Bevölkerung in direkten Kontakt zu kommen, sei nicht so einfach, setze Fingerspitzengefühl und Arabischkenntnisse voraus. »Einige Leute kenne ich aufgrund meiner Aufenthalte inzwischen.«

Als Freelancer zieht Rassloff oft auf eigene Faust los, immer auf der Suche nach aussagekräftigen Fotomotiven. Er fotografiere alles, was ihm vor die Linse kommt, versuche, sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen: Sind neben den allgegenwärtigen Kalaschnikows neue Waffen im Umlauf? Wie leben die Menschen, wie ist ihre Versorgung mit Strom, Wasser, Lebensmitteln? Dabei versu-

che er, objektiv zu sein, aber natürlich ergreife er mit seinen Fotos auch Partei für die Opfer und die Bevölkerung. Schließlich erlebe er wie sie den Raketenterror hautnah.

Gefahr ist stets präsent, Sicherheit ein Fremdwort. Im letzten Jahr sind weltweit mehr Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit ums Leben gekommen als in zwei Jahrzehnten zuvor. Sich zu schützen sei schwierig, manchmal trage er eine Schutzweste, so Rassloff. Der Beschuss komme mehr oder weniger aus dem Nichts, nicht einmal Wegrennen bringt viel. »Man weiß nicht, wo die Bombe einschlägt. Im Grunde heißt es Glück oder Pech haben.« Man könne versuchen, der Frontlinie aus dem Weg zu gehen, aber wie der Fall des ARD-Reporters Armbruster gezeigt hat, ändere sich deren Verlauf oft. »Dann kann es ganz schnell gehen, falsche Zeit, falscher Ort.« Bisher habe er Glück gehabt, etwa beim Kampf um den Stadtteil Sheikh Said. Erst als die Angriffe aus der Luft immer näher kamen und die Bomben wenige Meter entfernt einschlugen, seien die Fotografen abgehauen. »Soldaten der FSA begleiteten uns oft, fahren und schützen uns. Teilweise sind die mehr um unser Leben besorgt, als um ihr eigenes.«

Tatsächlich scheinen der FSA die ausländischen Berichterstätter am Herzen zu liegen. FSA-Pressesprecher Abu Yasin Almani: »Es ist sehr wichtig, dass im Ausland über den Krieg berichtet wird. Angst hält verständlicherweise viele Reporter ab. Aber wir gehen mit Journalisten gut um,

WICHTIG, DASS IM AUSLAND BERICHTET WIRD

lassen ihnen weitgehende Freiheiten.« Von manchen Fahrten direkt an die Front rate die FSA ab, aber die Fotografen bestünden meist darauf. Dann versuche man, die Journalisten in gepanzerten Fahrzeugen sicher zu geleiten und sie dahin zu bringen, wo sie hin möchten.

Bald endet Rassloffs Aufenthalt in Berlin: Im Mai geht er zurück nach Syrien, im Juli nach Nordirland, um den aufflammenden Nord-Irland-Konflikt zu dokumentieren. Irgendwo ist immer etwas los. Leider.

UTE CHRISTINA BAUER

Fotos: (v.l.n.r.) Bundeswehr, Bundeswehr/Berns, Bundeswehr/Marx, Bundeswehr/Berns. Linke Seite : (alle) arbeiterfotografie.com



IM GLEICHSCHRITT

DGB-Bundesvorstand und Verteidigungsministerium streben »engere Zusammenarbeit« an. Der ver.di-Fachbereichsvorstand 8 in Berlin-Brandenburg ist dagegen. Es geht um Grundfragen im Verhältnis von Bundeswehr und Gewerkschaften.

Wir widersprechen!

Es sollte ein Treffen werden, das Normalität ausstrahlt: Am 5. Februar trafen sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) in Berlin, um eine »engere Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften« zu vereinbaren. Am 18. März meldete sich der ver.di-Landesfachbereichsvorstand 8 Berlin-Brandenburg mit einem einstimmig gefassten Beschluss: »Wir widersprechen Michael Sommer!«

De Maizière war einer Einladung des DGB-Bundesvorstands gefolgt. Es war das erste Treffen zwischen DGB-Spitze und einem Verteidigungsminister seit 30 Jahren. »Es war ein gutes und nachdenkliches Gespräch«, sagte Sommer. Demnächst wolle man »eine gemeinsame Erklärung von Bundeswehr und Gewerkschaften erarbeiten«. Das Verhält-

nis zwischen Militär und Arbeiterbewegung sei »historisch belastet« gewesen, aber: »Das ist es heute nicht mehr.«

Ohne Widerspruch ging das nicht durch. Am 18. März gab der Fachbereichsvorstand 8 eine Erklärung ab. »Die Bundeswehr, aufgebaut von Nazi-Generälen, entgegen dem Potsdamer Abkommen und gegen den Widerstand der Gewerkschaften, ist kein Teil der Friedensbewegung«, heißt es darin. »Im Gegenteil. Sie war und ist ein Instrument der deutschen Banken und Konzerne, um ihre Interessen durchzusetzen und ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.« Die Bundeswehr sei »keine Verteidigungsarmee mehr, sondern entgegen ihrem grundgesetzlichen Auftrag eine weltweite Einsatzarmee, die in 12 Ländern mit fast 9000 Soldaten Krieg führt«. Und unmissverständlich: »Wir wollen keine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr.«

Vier Tage später antwortete der DGB. »Es gibt keine neue Politik oder Neuaus-

richtung des DGB in Sachen Bundeswehr«, schrieb Konrad Klingenburg, Abteilungsleiter Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik, im Namen von Michael Sommer. Deshalb gebe es »öffentlich auch nichts zurückzunehmen oder gerade zu rücken«. Der Besuch de Maizières sei »nur auf den ersten Blick ungewöhnlich«. Schließlich sei »die Bundeswehr einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik«. Der DGB habe die Interessen aller Arbeitnehmer zu vertreten. »In den Vordergrund gerückt« sei »die Integration von ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten in den Arbeitsmarkt«. Klingenburg weist darauf hin, dass der Anteil der bei Auslandseinsätzen geschädigten Militärs, Polizisten und Zivilbeschäftigten »zwischen fünf und zehn Prozent« liegt. »Wir reden hier also auch über tausende Menschen und ihre Familien«, und: »Zu sagen, damit haben wir nichts zu tun, weil wir die Einsätze insgesamt ablehnen – das ist zu einfach.« **JBOE**

Mit Flyern und der Losung »Wir widersprechen!« empfangen Aktivisten um die Frauenfriedenskonferenz in München den DGB-Vorsitzenden zu seiner 1.-Mai-Ansprache. Hunderte Kolleginnen und Kollegen von ver.di, IG Metall und GEW unterstützen den Aufruf per Unterschrift.

Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen

Die Bundeswehr ist nicht nur ein großer Arbeit-, sondern auch ein zweifelhafter Geldgeber. Die Militarisierung der Außenpolitik schlägt sich in Bildung, Wissenschaft und Forschung nieder, wie der entsprechende ver.di-Fachbereich feststellt: Mindestens 47 Hochschulen erhielten Aufträge durch das Bundesverteidigungsministerium – Tendenz steigend. Das reicht bis zu direkten Rüs-

sentwicklungen. Dass auch Teile des geheimen staatlichen Programms »zivile Sicherheitsforschung« an Universitäten bearbeitet werden, untergräbt die verfassungsmäßige Freiheit von Forschung und Lehre. Dagegen regt sich Widerstand. An Dutzenden Universitäten wurden – auch mit ver.di-Unterstützung – Initiativen für »Zivilklauseln« gegründet. Diese sollen in den Grundord-

nungen der Hochschulen sichern, dass Forschung, Lehre und Studium keinen militärischen Zwecken dienen. An den Unis Tübingen und Rostock gibt es sie bereits, andere, etwa die TU Berlin, haben zumindest Klauseln gegen Kriegsforschung. Inzwischen gibt es eine bundesweite Initiative »Hochschulen für den Frieden – JA zur Zivilklausel«. Sie vernetzt sich mit der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr«, in der die GEW aktiv ist und die sich gegen die offensive Militär-Werbung an Schulen wendet. Bildung und Forschung dürfen nicht zu »Kriegsdienstleistern« verkommen. **NEH**
Infos: www.zivilklausel.org



MARSCH?

Fragen an Constanze Lindemann, Vorsitzende des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg

Was hat den ver.di-Fachbereichsvorstand am Treffen des DGB mit dem Verteidigungsminister so empört?

Die abschließende Verlautbarung, dass DGB und Bundeswehr gleichermaßen Teil der Friedensbewegung seien. So etwas heute, wo die deutsche Außenpolitik zunehmend militärisch bestimmt wird, zu behaupten, ist zynisch und vor allem falsch. Die westdeutschen Gewerkschaften, speziell etliche Vorstände, bezogen schon in den 1950er Jahren eine widersprüchliche Haltung zur Wiederbewaffnung und Gründung der Bundeswehr. Gewerkschafter waren

Ohne Frieden geht gar nichts

aber immer Teil einer konsequenten Friedensbewegung, vor allem als Bewegung von unten. Der Schwur »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!« gehört für uns zu den politischen Grundfesten.

Der DGB hat geantwortet und betont, dass Gewerkschaften auch Bundeswehrangehörige in ihren Reihen haben und deren Interessen vertreten...

Das soll auch so bleiben. Selbstverständlich müssen auch Soldatinnen, Soldaten oder Zivilangestellte ihre gewerkschaftlichen Rechte vertreten wissen. Aber wie in einem Industrieunternehmen sollte der DGB sich nicht mit der Arbeitgeberseite gemein machen. Das

Akzeptanzproblem der Bundeswehr ist nicht unseres. Soziale Fragen sind für Gewerkschaften tägliches Brot, doch ohne Frieden sind sie nicht zu verhandeln. Zu der von uns angesprochenen Grundfrage nimmt der DGB keine Stellung. Ohne Frieden geht gar nichts, das wissen wir aus Geschichte und Gegenwart.

Gebt Ihr Euch also in der Sache nicht zufrieden?

Nein! Wir werden noch einmal antworten. Und wir finden es gut, wenn dazu unter den Mitgliedern diskutiert wird. Auf Druck von unten ist in dieser Frage nicht zu verzichten.

INTERVIEW: HELMA NEHRlich

Der Berliner Journalist Jörn Boewe über seine zwiespältigen Erfahrungen 2001 als Freelancer in Mazedonien beim ersten »Out of area«-Einsatz der NATO unter Führung der Bundeswehr:

Ich traf Major Uli Schweitzer im Dezember 2001 in einer Kaserne der mazedonischen Armee in Kumanovo. Freischärler aus dem Kosovo hatten hier Anschläge verübt. Schweitzer und ein paar hundert andere Bundeswehrsoldaten und Niederländer sollten hier auf Wunsch der Regierung in Skopje und gedeckt durch die UN-Resolution 1371 die Einhaltung eines fragilen Waffenstillstands überwachen. Von all dem bekam man in deutschen Medien wenig mit.

Wir fuhren mit Schweitzer durch zerstörte Dörfer. Was mir am meisten zu denken gab, war ein T-54-Panzer, den man auf den Rücken gelegt hatte wie einen Mistkäfer. Die albanische Guerilla hatte ihn vermutlich kampfflos erobert oder genauer: in einem Kampf, in dem

Der letzte Kampf des Majors

Schulterschluss mit der Generalität ist keine Interessenvertretung

die mazedonische Armee nicht zurückschießen durfte. Schweitzer hatte darauf zu achten, dass »die Army«, wie es im NATO-Jargon hieß, tatsächlich nicht zurückschoss und die Terroristen die Füße still hielten.

Später schrieben wir Berichte für kleinere Blätter und Blogs. In eine dieser Reportagen baute ich einen Brief an den Major ein. Ich hoffte, dass er ihn im Internet lesen und antworten würde. »Ich halte Sie für einen integren Menschen, und Ihre Professionalität steht außer Zweifel«, schrieb ich. »Das ist eine wertvolle Kombination. Wenn ein Reporter an die Front fährt, wünscht er sich einen Soldaten wie Sie als Begleiter. Aber all das macht die Politik nicht klug, der Sie folgen müssen. Alles Gute für Sie, wohin auch immer Ihr Mi-

nister Sie jetzt abkommandiert hat. Kommen Sie nicht im Plastiksack nach Hause.«

Vor ein paar Wochen bekam ich Post von der Tochter des Majors. Jetzt war er aus Afghanistan zurück, aber leider nicht gesund. Die vorzeitige Pensionierung und ein vermutlich langjähriger Streit um die Anerkennung der Kriegsbeschädigung stehen an. Ich weiß nicht, ob Major Uli Schweitzer Mitglied einer DGB-Gewerkschaft ist, aber ich hätte kein Problem damit, wenn meine Beiträge verwendet würden, ihm gewerkschaftlichen Rechtsschutz zu gewähren. Gemeinsame Erklärungen mit denen, die Soldaten für zweifelhafte Ziele ins Feuer schicken, um ihnen später die Invalidenrenten zu kürzen, braucht dagegen kein Mensch.

JBOE

BUCHTIPP
Maybritt Brehm / Christian Koch / Werner Ruf / Peter Strutynski: *Armee im Einsatz. 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, VSA-Verlag Hamburg 2013, 256 S., 16,80 Euro, ISBN: 978-3-89965-546-9

LESERBRIEF

Sprachrohr 1/13, S.2. »Wer wohnt, der zahlt« von Stephan Kolbe

Seit Monaten ist der Rundfunkbeitrag Gegenstand heftiger Kritik. Zu Recht. Was Ihr Autor Stephan Kolbe schreibt, lässt außer Acht, dass es Menschen in diesem Lande gibt, die sich der mediengemachten Verblödung entziehen und weder TV noch Radio besitzen. Es ist fraglich, ob eine verfassungsrechtlich fragwürdige Zwangsabgabe nicht die Freizügigkeit des Einzelnen gefährdet, der hier entgegen allen vertragsrechtlichen Bestimmungen für etwas zahlen soll, was er gar nicht haben möchte. Auch ist wiederholt auf die Gefahr hingewiesen worden, dass privatwirtschaftliche Unternehmen mit staatlichem Einverständnis einen ähnlichen Weg der Zwangseintreibung beschreiten könnten. Vielleicht fragt sich der Verfasser mal, warum man die Abgabe, wenn sie so nötig ist, nicht als Steuer erhoben hat und wer in den Aufsichtsgremien der Anstalten sitzt. Schularbeiten schaden auch im Journalistenfach nicht.

ANDREAS v. KLEWITZ, BERLIN

Anmerkung der Redaktion: Hr. v. Klewitz hat bereits eine Antwort von Andreas Köhn, ver.di Fachbereichsleiter Medien, erhalten.

GELD FÜR KUBAS KINDER

Die Mitgliederversammlung der ver.di-Betriebsseniorengruppe Funkhaus Nalepastraße im März stand unter dem Thema »Kuba heute – wie das Land aus schwierigem Fahrwasser kommt« – vorgetragen von der Arbeitsgemeinschaft »Cuba Si« in der Partei DIE LINKE. Die etwa 50 Versammlungsteilnehmer erhielten einen Einblick in die Situation Kubas in Politik, Wirtschaft, Kultur und Alltag. Am Schluss ergab eine Geldsammlung die Summe von 318 Euro, die an das Projekt »Milch für Kubas Kinder« fließt. In diesen Projekten werden landwirtschaftliche Betriebe unterstützt. Außerdem wurden von den Mitgliedern 36 Brillen gespendet, die nach gründlicher Prüfung ebenfalls nach Kuba geschickt werden. W.B.

Jedes Mal ein ähnliches Spektakel

Der lange Weg zur Sanierung der Staatsoper



Baustelle und kein Ende? Staatsoper unter Bauplanen Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Ende März beschäftigte sich die Fachgruppe Theater/Bühnen in Zusammenarbeit mit Klaus Wichmann mit der Geschichte der Staatsoper. Als deren Technischer Direktor (1993 – 2007) hat er sich mit der Baugeschichte intensiv auseinandergesetzt. Sein Vortrag (Teil III) bezieht sich auf die architektonischen Gegebenheiten für die damals geplante

Generalsanierung. Im Vortrag sehen die Zuhörer Grundrisse, Bauzeichnungen, Entwürfe, Fotos und hören die Geschichte dazu. Der Blick in die Historie zeigt: 1743 gab es die erste Brandschutzordnung, 1881 die erste Baupolizeiliche Ordnung und 1886 eine Versuchsanlage mit regelbarer

FACHGRUPPE

THEATER
UND BÜHNEN



Elektrobeleuchtung am Königlichen Opernhaus. Seit dessen Gründung ist für Umbauzeiten der Suche nach Ersatzspielstätten jedes Mal eine wichtige Rolle zugekommen.

Die Baugeschichte zeigt wiederkehrende Probleme. Immer sind die Finanzierung und das Durchsetzungsvermögen der zuständigen Bauherren verantwortlich zu machen. 1995 wird für die anstehende Sanierung eine Arbeitsgruppe »Linden Foren« gebildet, mehrere Projektentwürfe werden gelobt oder verworfen. Im Juni 2010 fand die bisher letzte Aufführung in der Staatsoper statt, die danach ins Schillertheater zog. Der Abriss im Inneren begann. Die Hoffnung auf ein gutes Ergebnis hält die Berliner in Spannung. Einige Fragen im Anschluss bestätigten dies. ROSWITHA WEBER

KURZMELDUNGEN

ver.di-Literaturpreis vergeben

Dem Autor Michael Wildenhain wurde am 24. April für seinen Roman »Blutsbrüder« der ver.di-LITERATURPREIS Berlin-Brandenburg 2012 übergeben. Näheres in der nächsten Sprachrohr-Ausgabe.

B.Z. kürzt Fotohonorare

Mit der Begründung sinkender Auflagen und rückläufiger Anzeigenumsätze hat die B.Z. Mitte März Fotohonorare von 76,69 Euro auf 60 Euro gekürzt. Auch wenn die B.Z. Ullstein GmbH wirtschaftlich solide dastehe, könne man sich der Marktlage und dem Kostendruck nicht entziehen, heißt es seitens des Verlagsleiters Tim-Christian Wolf. Ohne Vorankündigung und ohne jegliche Verhandlung mit den freien Fotografen und Bildagenturen die Bildhonorare zu kürzen, bezeichnet Andreas

Köhn, ver.di Fachbereichsleiter Medien, als »dreist, verlogen und an den Haaren herbeigezogen«, mache doch der Axel-Springer-Konzern Jahr für Jahr »satte Gewinne«. RED

Wera Küchenmeister gestorben

Die Dichterin des Liedes »Wer möchte nicht im Leben bleiben« und einst Meisterschülerin von Bertolt Brecht Wera Küchenmeister ist am 6. April 2013 im Alter von 83 Jahren gestorben. Gemeinsam mit ihrem Mann Claus, mit dem sie viele Drehbücher schrieb, und ihren Kindern trauert der VS um sie. Im nächsten Sprachrohr wird Wera Küchenmeister mit einem Nachruf gewürdigt. C.W.

Neue Springer Syndication

Mit einem »Alleinstellungsmerkmal« will die Axel Springer AG

durch die am 1. April vollzogene Ausgründung von Infopool Text und der Bildagentur ullstein bild in die AS Syndication punkten. Der Markt verlange, so die Arbeitgeber, nach einem eigenständigen Angebot von Text, Foto und Bewegtbild unter einem eigenen Dach. Der Personalbestand von ca. 50 Beschäftigten wird sich bis 2016 durch Rente und Altersteilzeit etwas verringern. Das neue Unternehmen unterliegt keinem Tarifvertrag. Neuanstellungen, so rechnet ver.di, wird es nur zu deutlich schlechteren Konditionen geben. RED

Tarife Theater und Bühnen

Die Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) stimmt Ende März dem Tarifergebnis zum Geltungsbereich des TVÖD für Theater und Bühnen zu. Geklärt wird jetzt, wie es mit dem Geltungsbereich des TV-L weitergeht. ver.di sieht als Mindestbedingung die VKA-Regelung.

Die Seniorinnen und Senioren unseres Fachbereiches diskutieren nicht nur regelmäßig auf ihren Mitgliederversammlungen über aktuelle politische und gewerkschaftspolitische Themen, sondern besuchen in größeren Abständen zum Fachbereich gehörende Betriebe wie 2012 das ZDF-Hauptstadtstudio.

BETRIEBSRÄTIN MUSS EUPHORIE DÄMPFEN

Am 22. März dieses Jahres führte die Neugier die ehemaligen Journalisten und Druckereimitarbeiter nach Potsdam in die Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, deren Hauptprodukt die »Märkische Allgemeine« (MAZ) ist. Weitere Produkte sind Teilaufgaben der »Frankfurter Allgemeinen« (F.A.Z.) und der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAS) sowie zahlreiche kostenlose Zeitungen, die wöchentlich mit Prospekten großer und auch kleiner Firmen die Hausbriefkästen an die Grenzen der Aufnahmekapazität bringen.

Dies und vieles mehr berichtete der Leiter der Rotation, Matthias

Alles bestens – wirklich? ver.di Seniorengruppe in der Potsdamer Druckerei



Kritischer Blick: Die Qualität muss stimmen

Foto: Chr. v. Polentz/transifoto.de

Voß, während einer höchst interessanten Führung durch die Produktionsräume, die zunächst dadurch beeindruckten, dass sich monotone Geräusche verursachende Laufbänder

mit eingesteckten Zeitungen durch sie schlängelten. Auffallend wenig Menschen sahen wir. Sogar die Druckplatten werden nach einem modernen Verfahren auf wiederver-

wendbarem Material hergestellt, überwacht von einer einzigen Person per Computer. An den Packtischen waren mehrere Personen mit der Vorbereitung für den Versand befasst – wo die Technik nicht greift, ist noch Handarbeit erforderlich.

Bei dem vielen Papier, das da täglich bedruckt wird, gibt es einen Lichtblick: immer dünnere Gramma-



turen. Während wir z. B. für den Hausgebrauch Druckerpapier mit 80g/m² kaufen, wiegt das Potsdamer Zeitungspapier nur noch 42,5g/m².

Während die Ausführungen von Voß sehr optimistisch klangen – sogar die Mitteilung, dass das Druckhaus ab 1. April 2013 zur Unternehmensgruppe Madsack gehört – musste Betriebsrätin Karin Wagner, seit 25 Jahren bei der MAZ, die Euphorie dämpfen, vor allem deshalb, weil nun ein Riss durch die Belegschaft gehen wird. Eine echte Herausforderung für den Betriebsrat (siehe auch Seite 4). ANGELIKA KUROWSKI

Die Deutsche Bank als Kunstmäzen

Profitable Imagepflege auf Künstler-Kosten

Die Deutsche Bank rief und 2147 Künstlerinnen und Künstler kamen. Lange Schlangen bildeten sich vor der Berliner Kunsthalle der Deutschen Bank. Für 24 Stunden konnten sie Bilder abgeben und zeigen. Viele erhofften sich eine Chance, endlich ihre Bilder ausstellen zu können, erduldeten Kälte und Wartezeiten. Dieses Event warf ein Schlaglicht auf die Machtverhältnisse in Berlin. Wo es in Folge der Kürzungspolitik keine oder nur ungenügende öffentliche Gelder für die Förderung der Kunst gibt und der verarmte »hungrige« Künstler keineswegs in den Bereich der Märchen gehört, können sich Banken z.B. über die Schuldzinszahlungen am öffentlichen Haushalt bereichern und als »Kunstmäzene« präsentieren. So fördern sie ihr Ansehen und ihren Profit.

Das zeigt vor allem, was in Berlin seit langem fehlt: Die Freie Berliner Kunstausstellung (FBK) – eine »Messe der Berliner Künstlerinnen und Künstler«. Von ihnen selbst erkämpft und vom Parlament demokratisch



kontrolliert, wurde 1970 die erste FBK eröffnet. Dabei reicht deren Existenz auf eine bis in die Weimarer Republik führende Berliner Tradition zurück. 1995 wurde sie, trotz sehr guter Besucherzahlen, aus Kostengründen abgewickelt. An ihre Stelle trat das von Galeristen betriebene, elitäre »Art Forum«. Damit verbunden war die Öffnung Berlins für den weltweiten Kunst-Spekulationsmarkt.

Jetzt bietet die Deutsche Bank eine »Kunsthalle«, die scheinbar allen offensteht – es gibt keine Jury. Was aber keineswegs heißt, dass damit alle Künstlerinnen und Künstler nun frei ausstellen könnten. Aber es rechnet sich für die Deutsche Bank, denn die Eingeladenen präsentieren kostenlos ihre Werke in einer Kunsthalle, die vor der nächsten ordentlichen

Ausstellung ohnehin leer steht. Für die öffentliche Werbung sorgen die Medien.

Doch letztlich geht es um eine Entwicklung von grundsätzlicher Art. Der Staat ist vom Grundgesetz zur Förderung der Kunst verpflichtet mit dem Ziel, allen Künstlerinnen und Künstlern ein unabhängiges Arbeiten zu ermöglichen – nicht zur Förderung eines für den Staat selbst rentablen Wirtschaftsmarktes oder von genehmer Staatskunst. Das war die

WERBEMASSNAHME FÜR EINEN TAG

Konsequenz, die u.a. aus den Erfahrungen mit dem Faschismus gezogen wurde.

Deshalb hat das Grundgesetz in Artikel 5 die »Freiheit der Kunst« ausdrücklich betont. Die künstlerische Tätigkeit muss, um sich wirksam entfalten zu können, sowohl frei von politischer, ideologischer und

staatlicher Bevormundung, aber auch frei von Entwicklungen auf dem Kunstmarkt sein. Es ist auch nicht die Aufgabe von Kunst, für große Wirtschaftsunternehmen die Basis für eine »Corporate Identity« zu bilden.

Wenn heute die Deutsche Bank die Freie Berliner Kunstausstellung als Werbemaßnahme für einen Tag praktizieren kann, dann ist das auch ein Dokument dafür, wie weit sich der Staat unter dem Druck der Schuldenbremse und Sparpolitik von seiner Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge verabschiedet hat. Eine Gesellschaft ohne eine öffentlich geförderte lebendige und vielfältige Kunst und Kultur ist eine tote Gesellschaft.

Kunstschaffende sind nicht irgendeine, in diesem oder jenem Sinne privilegierte Schicht, sondern mit den Interessen der Bevölkerung verbunden, die angewiesen ist auf öffentliche Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir bildende Künstlerinnen und Künstler uns in ver.di organisiert und werden gemeinsam u.a. für eine ausreichende Finanzierung der Kunstförderung streiten, zu der eine neue Freie Kunstmesse gehört.

GOTTHARD KRUPP

Zum mittlerweile 13. Lesemarathon des Berliner VS wurden in der Regel keine unveröffentlichten Texte mehr aus den Schubladen gezogen. Autorinnen und Autoren blättern überwiegend in jüngeren oder älteren Veröffentlichungen mit gleichwohl aktuellem Bezug. Sechs Orte, davon einer in Brandenburg, sechs verschiedene »Schubladen« und sechsmal unterschiedliche Resonanz: Dass sich Besucherzahlen in Grenzen hielten, mag vor allem den widrigen Wetterverhältnissen des eiskalten Spätwinters geschuldet sein. Die Organisatorinnen und Organisatoren vom VS und ihre Partner jedenfalls hatten viel Engagement an neugierig machende Themenabende verwendet.

ERSTE SCHUBLADE KEIN START OHNE KRIMIS

Mindestens fünf »Leichen im Keller und anderswo« bekamen die Zuhörer bei der Auftaktlesung in der Dorotheenstädtischen Buchhandlung präsentiert, nicht mitgerechnet mögliche weitere aus den Bänkel- und anderen Liedern von Elke Querbeet. »Doch Genaues weiß man nicht«, hieß es da. Die in den Ausschnitten aus – zumeist – Krimi-Kurzgeschichten benannten, erkennbar oder vermutlich mit krimineller Energie zu Tode Gebrachten fanden sich jedoch nicht in Kellern, sondern der Badewanne, im oder vorm (Hoch-)Bett, am nasskalten FKK-Strand oder in einem zuvor selbst durch Sand gegrabenen Tunnel Richtung Banktresor. Je nach Auswahl und Vermögen der Lesenden, blieb das Publikum nichts Gutes ahnend oder vollends desillusioniert zurück, wie es das Genre verlangt. Da nach Aussage von Krimi-Autor -ky, dem VS-Vorsitzenden Horst Bosetzky, im traditionellen Eröffnungsumgebung Leute la-

Klappt's noch?

Lebensweisheiten und anderes zum Lesemarathon



sen, »die hier immer lesen«, wurde das Publikum nicht enttäuscht, es gab aber auch keine Überraschungen. Die von Hausherr und Buchhändler Klaus-Peter Rimpel für die Pause organisierte Suppe war – angesichts des Neuschnees draußen – erfreulich heiß. Und als Lebensweisheit des Abends notierte die Rezensentin den Reim: »Eh's Fernweh nach dir schnappt, stellt fest, ob's noch zu Hause klappt.« Es lasen: Horst Bosetzky, Maria Kolenda, Regina Röder-Ensikat, Salean A. Maiwald, Dorle Gelbhaar und Jan Eik, der auch moderierte. **NEH**

ZWEITE SCHUBLADE GEISTERHAFT

Schwarzes Ambiente, sparsam dosiertes Licht und eine gewisse Unwirtlichkeit der kleinen Kunsthalle in der Alten Desinfektionsanstalt Berlin-Kreuzberg passten zum Thema der zweiten Lesung »Geister. Am Tage und in der Nacht gerufene und ungerufene«. Die von den sechs Autorinnen und Autoren herbeigerufenen Geister entpuppten sich als Assoziationen zum realen Leben – absurd, aber vorstellbar, wie drei Tage Berlin in Unterhose für einen 17-Jährigen. erinnert, aber zurückgedrängt wie die Schattenbilder aus einer polnischen Nacht mit Zügen in Richtung Auschwitz: »Sobald du die Augen

schließt, hörst du die Seelen rufen«. Erträumt, aber als untauglich verworfen wie das lähmend gute Leben im Paradies. Auch Tatzelwürmer und der Leibhaftige beim Besuch eines geheimnisvollen Turms wurden beschworen und Wahnvorstellungen von Opferungen in einem Tempel auf Hawaii samt erlösender Heilung. Letztlich war – nicht unerwartet – Aufatmen angesagt: »Die Geister der Nacht ziehen sich zurück, du weißt, dass du zuhause bist.« Für den Weg dorthin durch die schneeweiße Nacht bot die Buchhandlung »Lese-glück« selbiges noch zum Mitnehmen an. Für reine Gedanken sorgte die Info beim Hinausgehen, dass VS Vorsitzender Horst Bosetzky als Kind in dieser alten Gesundheitseinrichtung desinfiziert worden war. Es lasen: Beate Dölling, Wolfgang Fehse, Ruth Fruchtman, Birgit Ohlsen, Reinhild Paarmann, Charlotte Worgitzky. Moderation: Anja Tucker-mann. **B.E.**

DRITTE SCHUBLADE MARKIGES

»Markiges aus Brandenburg«, so hieß es in der Burg Beeskow. Feinsinnig antworteten die Autorinnen und Autoren darauf. In »Das Gastgeschenk« erzählte Till Sailer mit ironischem Unterton vom Selbstverständnis des besonders berufenen Kulturamtsleiters einer Kleinstadt. Der Wiedererkennungseffekt wurde allseits schmunzelnd honoriert. Die Beeskower Autorin Gerda Weinert führte subtil in die kindliche und zugleich verunsichernde Welt ihres achtjährigen Protagonisten. Dessen Mühe, sich und der arbeitslosen Mutter Halt zu geben, zerbricht am Ende so leise wie alltäglich, so schmerzhaft wie für immer – unter Preisgabe der Würde. Eine fast hypnotische Kraft entwickelte Ines Gerstmann aus Frankfurt/Oder im pointiert performanceartigen Vortrag ihres lyrischen Prosatextes als Drahtseilakt über dem Tal der Beweggründe. Reich an assoziativen Bildern war auch die Lyrik Ursula Kram-Konowalows. Eine Liebeserklärung an die Widersprüche des Lebens – die Gedichte Jana Weinerts.

Carmen Winter las von einer fast magischen Berührung urbaner Pa-

rallelwelten. Um die Zuhörer nicht mit dem tragischen Ende zu verabschieden, las die Autorin noch zwei Gedichte zu Bildern in der Galerie Junge Kunst in Frankfurt/Oder. Darin stehen Zukunftsringen und Zukunftsende des sozialistischen Aufbaus der DDR hart gegeneinander, allein im Subtext wird ahnbar, wie sehr das eine bereits im anderen angelegt sein mochte. Ihren freundlich-raumgebenden Rahmen fand die literarische Vielfalt dieses Abends in der Moderation Carmen Winters und der Gastgeberin des Burgdirektors Tilmann Schladebach.

Es lasen: Ines Gerstmann, Ursula Kramm-Knowalow, Till Sailer, Gerda Weinert, Jana Weinert und Carmen Winter, die auch moderierte. **J.W.**

VIerte Schublade SPURENSUCHE

Die 1882 als Heim für jüdische Flüchtlingskinder erbaute, als Erziehungsanstalt für jüdische Waisenknaben fungierende heutige Janusz-Korsczak-Bibliothek in Berlin-Pankow war der beziehungsreich gewählte Ort, »Jüdisch-deutsche Kultur in Berlin« zu beleuchten. Brauchtum, der Stolz auf jüdische Vorfahren und ihren Großvater war für Dorle Gelbhaar vom VS ein guter, selbstironisch als »wenig kreativ« benannter Grund, erneut eine Lesung zu diesem Thema zu organisieren. Die Bibliothek selbst bot reichlich historisches Anschauungsmaterial.

Der Bogen mit Schlaglichtern auf jüdisches Leben war weit gespannt – vom ungeplant tödlichen Duell zweier Konkurrenten um den Bau der jüdischen Synagoge, über bislang unbekanntes, akribisch aufgespürte Texte der jüdischen Autorin Mascha Kaléko bis zu kurzen authentischen Aufarbeitungs-Stücken aus der Wendezeit: »Einsame Reste ehemaligen Lebens« und neue koschere Restaurants in Berlins Mitte. Spurensuche auch an der Torstraße 1 – vom jüdischen Kreditwarenhause bis zum exklusiven Soho-Club prägt die Adresse Stadtgeschichte. Mit dem Leben einer jüdischen Familie in Ägypten als kosmopolitische, bis nach Berlin reichende Melange berührte Autorin und Übersetzerin Miriam Magall ein weitgehend unbekanntes Kapitel. Sie arbeitet in sechs Sprachen, war mit einem arabischen Juden verheiratet und denkt hebräisch. Auf Deutsch bestätigt die Rezensentin einen Ge-



Fünfte Schublade mit Gert-Peter Merk und Monika Ehrhardt-Lakomy



Horst Bosetzky in erster und vierter Schublade

Fotos: Chr. v. Polentz / transifoto.de

danken des Abends: Auch in zweiter Auflage gab es an diesen Einblicken in Berliner Geschichte »wenig zu kriteln«. Es lasen: Horst Bosetzky, Miriam Magall, Jutta Rosenkranz, Hannah Thiede, Sybil Volks. Moderation: Dorle Gelbhaar. **B.E.**

FÜNFTE SCHUBLADE BRAUCHBARES UND UNBRAUCHBARES

»Umzüge – mit Sack und Pack oder ganz anders«. Überraschend, skurril, rau und berührend – unter den Geschichten dieses Abends auch die des Umzugs von Wladivostok nach Ber-

lin, gelesen im Familienzentrum in der Upsalaaer Straße. Das lud wieder als Ort für die Lesungen ein, hatte aber sicher schon viel bessere Tage gesehen. Die Container, die russische Umsiedler für Deutschland packten, waren mal federleicht, mal kaum vom Boden abzuheben. Alexander Reiser kam 1996 mit zwei Wörterbüchern und einem Fotoalbum. Für die weite Strecke konnte er einen Umzugscontainer ohnehin nicht bezahlen. Der 1962 geborene Sibirier amüsierte als »Meister der Überraschung«: Es kursierten Gerüchte. Mal sind es Bettfedern, mal Bettwäsche, die hohe Preise in Deutschland erzielen. Aber sibirische Federn sind zu warm und deutsche Decken pas-

sen nicht in russische Bettwäsche. Onkel Caspar setzt auf Werkzeug, weil in Deutschland sauteuer! Ein Hammer bringt 100-fachen Gewinn... Er plündert alle Regale in den umliegenden Dörfern. Das Gerücht vom auf Eisenwaren Verrückten lässt Preise explodieren. Der Onkel prahlt mit Weitsicht, macht Schulden für Übergewicht und erntet Hohn und Spott. In Berlin endet der Alptraum in dunkler Nacht im Park: Caspar vergräbt den Plunder. Die Zuhörer hat's gefreut. Nicht nur bei dieser Geschichte. Es lasen: Ursula Kramm-Konowalow, Gert-Peter Merk, Alexander Reiser, Ralf G. Landmesser, Waltraud Schade, Florian Havemann, Monika Ehrhardt-Lakomy, die auch moderierte. **H.F.**

SECHSTE SCHUBLADE ERFRISCHEND MUFFLIG

»Von Morgenmuffeln und Frühaufstehern, von Schlafmützen und Nachteulen« – ein Potpourri menschlicher Gefühle und Bedürfnisse, Schwächen und Stärken, Träumen und Realität erfreute am letzten Abend. Mal dominierte feinsinniger schwarzer Humor wie bei Stephan Hähnel, der eine lange, sich überdrüssig gewordene Partnerbeziehung kriminell enden lässt. Tenor: Im Grunde genommen war alles per-

fekt. Ein anderes Mal rückte das Ringen um Ideale und Kompromisse in den Mittelpunkt, wie bei Heinrich v. d. Haar am Beispiel der 68er-Bewegung mit spielerisch hingeworfenen Aussagen wie: »Gemeinsam sind wir stark« – oder: »Gewalt bringt die Leute nur auf«.

Gerhard Schumacher versuchte mit Wortspielereien die Schuldfrage am Zustandekommen einer Hetzparole an einer Hauswand und überhaupt zu klären. Ilke S. Prick ließ Gespenster unserer Phantasien auferstehen zu einer Reise in die Seele und führte an einen Ort der Träume, um die Wahrheit zu erkennen. Herrlich erfrischend kam der Morgenmuffel in Petra Gabriels Krimigeschichte daher – wie auch in den Episoden über das Wachwerden von Gunnar Kunz mit dem Fazit: Irgendwie wächst mir alles über den Kopf.

»Autoren lasen für Autoren« könnte man diesen stimmungsvollen Abend im schönen Puttensaal der Bibliothek am Luisenbad überschreiben. Woran hat es wohl gelegen, dass mehr Lesende als Zuhörende vor Ort waren? Hatte sich der Abend wegen mangelnder Werbung nicht lautstark genug herum gesprochen? Die Autoren mit Moderator Gunnar Kunz gaben trotz allem ihr Bestes.

Es lasen: Stephan Hähnel, Ilke S. Prick, Heinrich v. d. Haar, Gerhard Schumacher, Petra Gabriel, Gunnar Kunz. **C.A.**

Zur See, am Berg und in seinen Büchern

P. Werner Lange zum 70. Geburtstag

Als 1979 sein erstes Buch »Seeungeheuer – Fabeln und Fakten« erschien, fuhr P. Werner Lange noch zur See. Als »Kapitän auf Großer Fahrt« bei der DDR-Handelsmarine – in voller Verantwortung für Crew, Schiff und Fracht. Das Zusammentreffen von Mut zur großen Unternehmung, von Kenntnisreichtum und Besonnenheit sollte prägend für sein weiteres Leben als Schriftsteller, für seine Bücher werden. Das gilt zudem für seine langjährige Arbeit als verantwortlicher Redakteur der Literaturzeitschrift »Schriftzüge«.

Die Routen des jungen Kapitäns berührten verschiedene Kontinente, doch seine lebhaftesten Erwartungen knüpfte er an die Küsten Afrikas. Als bei einem Lagerfeuer der Gipfel des Kilimandscharo sichtbar war, schwor er sich, an seinem »fünfundzigsten Geburtstag dort oben zu stehen«. Das

schien in den siebziger Jahren völlig illusorisch. Aber 1993 konnte er sich diesen Wunsch sogar vor der Zeit erfüllen. Das wurde nur die erste von drei Besteigungen des Kilimandscharo, hinzu kam der wilde und komplizierte Mawenzi. Und manchmal fragten wir uns, wie er das alles be-

EIN KLUGES AUGE WANDERT VIEL

wältigen will. Hitze und Kälte, Anstrengungen und Erschöpfung ...

Bei den Strapazen kann ich mir einen persönlichen Gewinn vorstellen: Den Blick in die Weite und in die Zeiten vielleicht, die Konzentration auf das Wesentliche oder auch die Verbundenheit mit vorangegangenen Forschergenerationen. Was für uns,

seine Freunde und Leser bleibt, das sind – neben vielen anderen – seine zwischen 2005 und 2012 beim AS Verlag Zürich erschienenen Bücher über diese Berge wie auch über den »Heiligen Berg der Massai«, den Oldonyo Lengai und schließlich über den Vesuv. So sind wir mit ihm auf dem Weg, erreichen Kraterrand und Gipfel. Und dort? Keine Siegerpose finde ich in seinen Büchern, eher eine tiefe Freude, eine Nachdenklichkeit, eine genaue Schilderung aller Einzelheiten am denkwürdigen Ort. Und wo ich eine Geröllwüste, Lavaspuren und Schutt wahrnehme, da nennt Werner die Hänge und Gletscher beim Namen, kennt ihre Geschichte und bemerkt Veränderungen. Denn das sind »Orte«, die ihm »etwas zu sagen« haben.

Solchen wird er weiter auf der Spur bleiben, auch über seinen sieb-



P.W. Lange: Blick in Weite und Zeit

Foto: Privat

zigsten Geburtstag hinaus. Dazu viel Glück und beste Kondition! Nicht nur auf See, auch in den Bergen hat man nicht immer festen Boden unter den Füßen – und in der Literatur sowieso. P. Werner Lange ist nicht darauf aus, es sich bequem zu machen. Ein von ihm aufgezeichnetes Sprichwort der Massai sagt: »Klug ist das Auge, das viel wandert«.

M. SCHMIDT

Ein Unangepasster wurde 100

Erinnerung an den Schriftsteller und Weltbürger Stefan Heym



Er war kein Parteigänger, immer nur sein eigener Botschafter« – eine vom VS, dem Verlag Berlin-Brandenburg und dem Literaturforum im Brecht Haus organisierte Lesung mit Gespräch und Buchpremiere erinnerte an den Schriftsteller und »sächsischen Amerikaner« Stefan Heym. In »Freundlichkeit« solle die Nachwelt »gelegentlich« seiner gedenken, hatte sich der 2001 in Israel Gestorbene einst gewünscht – der 100. Geburtstag am 10. April war eine solche Gelegenheit. Der kleine Saal des Literaturforums konnte die große Schar der Interessenten nicht fassen. Wer Heym je gelesen hat, dem hat er sich mit »Kreuzfahrer von Heute«, dem »König David Bericht«, »Fünf Tage im Juni« oder seinem »Nachruf« unauslöschlich ins Gedächtnis gegraben. Wieder- oder neu lesen lohnt.

Heym, der 1935 mit einem Stipendium einer jüdischen Studentenbewegung nach Amerika ging, mit den Alliierten 1944 nach Europa zurückkam, Amerika in der McCarthy-Ära den Rücken kehrte und 1953 in die DDR übersiedelte, war ein Querdenker. Er passte seine Position »nicht dem Umfeld oder politischen Zwän-



gen« an – auch wenn CDU/CSU-Mitglieder des Deutschen Bundestages 1994 da anderer Meinung waren. Heym »verstand sich als Kosmopolit«, wie Gunnar Decker im Gespräch

GESCHICHTEN AUS ALLER WELT ÜBER HEYM

mit Literaturkritiker Wilfried F. Schöller und der Herausgeberin des Erinnerungsbuches »Ich habe mich immer eingemischt« sagte. Therese Hörnigk hat in der ganzen Welt 52 sehr persönliche Geschichten gesam-

melt – aufgezeichnet von Menschen, die mit Heym zu tun hatten. »Es war nicht schwer, hochkarätige Beiträge zu bekommen«, erzählt sie. Decker, bekannt u.a. als Autor von Biografien, hat einen davon geschrieben und gelesen.

Mit einem Ausschnitt aus dem König David Bericht, gelesen vom VS Vorsitzenden Horst Bosetzky, wurde die Sprache Heyms erneut lebendig. Und sein jiddischer Humor in Auszügen aus »Altersweisheiten«, die Schauspieler Dieter Mann vortrug: Als zu befolgender Rat mag gelten: »Beißt die Brötchen, solange ihr noch könnt.« **B. ERDMANN**

Stefan-Heym-Preis 2013 für Christoph Hein

Seine Bücher bereiten Denkvergnügen

Auf subtile Weise greifen die Bücher des Autors Christoph Hein in gesellschaftliches Geschehen ein. Was er darin aufgreift, spiegelt Alltagsgeschehen und ist weit mehr als nur Alltag. Scheinbar Selbstverständliches gerät plötzlich in unvermutete Dimensionen und lässt Betroffenheit zurück. So wie alle seine auf Gegenwarts- und parallele Welten verweisenden, pulsierend aktuellen historischen Romane und nicht zu vergessen die scheinbar unpolitische Novelle mit den zwei Namen (Ost: »Der fremde Freund«, West: »Drachenblut«). Hein schöpft aus vielen Quellen und verschiedenen Wirklichkeiten. Am 8. April 1944 in einem heute polnischen Ort als Pfarrerssohn geboren und bei Leipzig (Bad Dübener

aufgewachsen, ist er auf beiden Seiten des geteilten Berlins zur Schule gegangen, hat 1964 sein Abitur an der Abendschule abgelegt und in verschiedenen Berufen gearbeitet,

DEN FINGER AUF OFFENE WUNDEN LEGEN

bevor er nach dem Studium als Dramaturg und Theaterautor ab 1979 als freier Autor arbeitete.

An den Geschicken des Landes teilnehmend – 1989 formulierte er gemeinsam mit Stefan Heym und anderen auf dem Alexanderplatz das Paradigma der politischen Wende – ist er von 1999 bis 2000 Präsident

des PEN gewesen. Er legt nach wie vor den Finger auf offene Wunden, holt Beschämendes hervor wie die prekäre Situation vieler deutscher Akademiker, wie den Affront, dem Stefan Heym durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgesetzt war (Rita Süßmuth beteiligte sich nicht), als er 1994 in der Funktion des Alterspräsidenten eine Bundestags Sitzung eröffnete. Heins Bücher zu lesen bereitet Denkvergnügen. Auch darin ist er Stefan Heym, dem Grandseigneur der deutschen Literatur, ebenbürtig. Am 10. März erhielt Christoph Hein in Chemnitz den Internationalen Stefan-Heym-Preis 2013. Der VS Vorstand freut sich mit ihm über die Ehrung und gratuliert aufs Herzlichste. **DORLE GELBHAAR**

ZUM GEDENKEN

Peter Ensikat

Im Varieté Wintergarten drängten sich am 14. März Besucher einer Veranstaltung mit dem Berliner Schriftsteller und Kabarettisten Peter Ensikat sowie dem Satiriker Dieter Hildebrandt. Doch die Karten galten nicht mehr. »Forever young« stand plötzlich auf dem Programm, »eine Rock-Varieté-Show«. Anderes war angesagt. Enttäuschung. Bestehen auf dem ursprünglich Angekündigten. Das große deutsche Kabarettisten-Duo wollte man erleben. Das wäre nicht möglich. Hilflosigkeit war zu erleben. Warum? Später der Verweis auf die Lesung am 26. Mai mit Dieter Hildebrandt.

Hildebrandt kann Ensikat nicht ersetzen, so wenig wie Ensikat Hildebrandt hätte ersetzen können. Doch im Doppel-Pack sind sie nicht mehr zu erleben. Ensikat ist mit 71 Jahren am 18. März gestorben. Er war bis zum Ende der DDR deren meistgespielter Kabarettautor. Bücher wie »Meine ganzen Halbwahrheiten«, »Das Lexikon der DDR-Irrtümer«, »Das Schönste am Gedächtnis sind die Lücken« verfasste er und war zudem von 1999 bis 2006 Seele und Chef des Berliner Kabarets »Die Dis-



tel«. 2010 präsentierte er zusammen mit Dieter Hildebrandt auf dem »Gipfeltreffen des deutsch-deutschen Kabarets« das Buch »Ihr könnt ja nichts dafür! Ein Ostdeutscher verzeiht den Wessis«. Hildebrandt wird nun allein daraus lesen.

Wir vermissen Peter Ensikat und sprechen seiner Lebensgefährtin Bastienne Voß (wie Peter Ensikat Mitglied unseres Verbandes), die ihm bis zuletzt zur Seite stand, unser tief empfundenes Mitgefühl aus.

DORLE GELBHAAR
IM NAMEN DES VS-VORSTANDES

MEDIENGALERIE

Ausstellung »Im Fokus: Die Gewerkschaftsmitglieder – Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse« ist bis zum 28. Juni zu sehen in der Medien-Galerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, 10965 Berlin, Öffnungszeiten: montags und freitags von 14 bis 16 Uhr, dienstags von 17 bis 19 und donnerstags von 14 bis 19 Uhr. Siehe auch: www.mediengalerie.org

MEDIEN

Seminare

- **Existenzgründung und freiberufliche Tätigkeit:** Im Tagesseminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen einer Existenzgründung als freiberuflicher bzw. gewerblicher Einzelunternehmer vermittelt. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Gründungsplanung und Risikominimierung, Förderungsmöglichkeiten (z.B. Gründungszuschuss, Einstiegsgehalt), Abgrenzung freiberufliche und gewerbliche Tätigkeit, Anmeldeformalia, soziale Absicherung, betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen – Rechtsformen. Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult. Zeit und Ort: 20. August, 09.30 bis 16.30 Uhr, Raum 4.12, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Anmeldung: andreas.koehn@verdi.de Gebühren: ver.di/dju Mitglieder 13 Euro, Nichtmitglieder 60 Euro
- **Vermarkten journalistischer Leistungen:** Tagesseminar für Journalisten, die in den Markt als Freie eintreten: Kontaktaufbau, Marktbeobachtung und -erschließung, Honorare, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung. Referenten: Andreas Ulrich, Journalist/Moderator, Bernd Hubatschek, MKK Consult. Zeit und Ort: 10. September, 09.30 bis 16.30 Uhr, Raum 4.12, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Anmeldung: andreas.koehn@verdi.de Gebühren: ver.di/dju Mitglieder 13 Euro, Nichtmitglieder 60 Euro.

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im »Terzo Mondo«, ab 19 Uhr, Grolmannstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Uhlandstraße (U 15) und vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt.

Seminare für VS-Mitglieder:

- »Einmaleins des Krimischreibens«,

Leitung: Prof. Dr. Horst Bosetzky, (-ky), Dr. Dorle Gelbhaar. Zeit und Ort: 7.-8. Juni, ver.di Gebäude. Maximal 12 Teilnehmer, Gebühr: 20 Euro. Anmeldungen bis zum 1. Juni 2013 unter christine.obst@verdi.de oder telefonisch 030 / 8866-5402

- »Geld für Zeit zum Drehbuchschreiben« – Fördermöglichkeiten für Drehbuchautoren (Spielfilm), Leitung: Silvia Itscherenska. Zeit und Ort: 9.-10. August, ver.di Bundesverwaltung. Seminargebühr 25 Euro. Anmeldungen bis 19. Juli 2013 an christine.obst@verdi.de oder Tel. 030/8866-5402. Infos: www.connex-av.de/termin

VERLAGE, DRUCK & PAPIER

Mitgliederoffene Vorstandssitzungen an jedem zweiten Mittwoch im Monat, 17.30 in der MedienGalerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, Infos: 030 / 88665405. Nächste Sitzung am 12. Juni.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag, 17.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Kontakt: Claudia Spreen, Tel.: 030 / 626 62 45, claudia.spreen@verdi-berlin.de und Martin Flamm, martin.flamm@verdi-berlin.de

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der FG 10 am 2. Montag des Monats. Infos: Tel. 030/88 66-54 12.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Dezember) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

»Alte-Barden-Runde«: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant »Alter Krug«. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Rundfunksenioren: ver.di-Seniorengruppe Funkhaus Nalepastraße: Sommerfest am 12. Juni 2013 um 14 Uhr im Springborn-Club Johannisthal, Springbornstraße. Für die musikalische Umrahmung sorgt Zravko Manev.

Senioren Ausschuss FB 8: Mitgliederversammlung am 27. Mai, Raum 4.12 ver.di Landesbezirk, Köpenicker

Str. 13, 10179 Berlin, 11 Uhr. Alle Mitgliederversammlungen sind gewerkschaftsöffentlich. http://bb.verdi.de/frauen_gruppen_seniorinnen_und_senioren

Die Querköpfe: Ein Extra der neuen Online-Zeitung zum 1. Mai steht im Netz. Die nächste reguläre Ausgabe ist für den 15. Mai angekündigt. Abzurufen sind »Die Querköpfe« unter <http://medien-kunst-industrie.bb.verdi.de/seniorinnen>

BILDENDE KUNST

KRISEN ZEITEN: Ausstellung und Ausschreibung für alle künstlerischen Fachgruppen. Vom 19. September bis 01. November 2013 veranstaltet die Fachgruppe Bildende Kunst eine juriierte Ausstellung zum Thema »KRISEN ZEITEN« in der MedienGalerie. Alle Mitglieder der Fachgruppe Bildende Kunst und Mitglieder der anderen künstlerischen Fachgruppen sind eingeladen, einen Beitrag zum Thema »KRISEN ZEITEN« aus ihrer jeweiligen Kunstsparte einzureichen. Ausgewählte Exponate sollen in die Ausstellung integriert oder eine Abendveranstaltung mit ihnen gestaltet werden. Wir freuen uns über zahlreiche Bewerbungen (Foto, kurzer Text) bis zum 30. Juli 2013 per Post an: ver.di, FB 8, Fachgruppe Bildende Kunst, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin.

VERSCHIEDENES

ver.di-Chor: Probe jeden Dienstag von 18 bis 20.30 Uhr, ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Es wird noch Verstärkung gesucht. Kontakt: info@verdichor.de oder 030 / 69 56 28 01, Infos: www.verdichor.de

Stolperstein für Karl Helmholz (1873-1944, Schriftsetzer, Redakteur des »Korrespondent«). Veranstaltung vom ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie und dem Karl-Richter-Verein e.V. Vorgestellt wird eine Broschüre des Autors R. Zimmermann zu den Bewohnern des Buchdruckerhauses vor dem 2. Mai 1933. Zeit und Ort: 6. Juni, 18 Uhr in der MedienGalerie.

Verlegen des Stolpersteins für Karl Helmholz – bis Mai 1933 Bewohner des Buchdruckerhauses – am 7. Juni nachmittags durch den Künstler Gunter Demnig vor dem Haus.

Johannifest: Im Hof des Hauses der Buchdrucker am 22. Juni, 15.30

bis 21 Uhr. Lieder für Stereotypeure, Galvanoplastiker und andere Gesellen der Schwarzen Kunst. Isabel Neuenfeldt, Akkordeon, Arbeiter- und Veteranenchor Neukölln, Freak out – Lutz Fußangel (Saxophon) und die Jazzcombo der Leo-Kestenbergs-Musikschule, Überraschungen für Große und Kleine. Alle sind herzlich eingeladen! Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, 10965 Berlin-Kreuzberg

»Die Eule lässt Federn«: Buchvorstellung mit Gespräch. Der trafo-Verlag mit den Autoren, das Presse-Museum im Ullsteinhaus e.V. und der ver.di Fachbereich, Medien, Kunst und Industrie laden ein: »Die Eule läßt Federn – Setzer, Drucker Journalisten. Das Ullsteinhaus 1926-1986« 2. Auflage. Einführung von Dr. Christoph Hamann, Historiker »Der Ullstein Verlag 1933 – Gleichschaltung und Arisierung«. Zeit und Ort: 13. Juni, 19 Uhr im Ullsteinhaus, Mariendorfer Damm 1-3, Berlin-Tempelhof (U-Bahn Ullsteinstraße)

IMPRESSUM

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8

Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Bettina Erdmann, transit.berlin.pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030 / 61 30 96-63, Fax: 030 / 61 30 96-66.

erdmann@pressebuero-transit.de

Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation/Claudia Sikora, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: bleifrei Medien + Kommunikation

Druck: apm AG Darmstadt

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt.

Sprachrohr erscheint fünfmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Der ver.di-Fachbereich 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg im Internet:

www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

**Sprachrohr 3/2013 erscheint Mitte August 2013
Redaktionsschluss am 9. Juli 2013**

Nicht ausklammern

Leiharbeiter sind im Entleiherbetrieb mitzuzählen



Leiharbeiter protestieren gegen Benachteiligung

Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Leiharbeiter zählen im Entleiherbetrieb. Ihre Anzahl ist für die Größe des Betriebsrats maßgeblich. Bei seiner Wahl sind sie nicht mehr auszuklammern.

Das aktuelle Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 13. März 2013 stärkt die Rechte des Betriebsrates und die Interessenvertretung für Leiharbeiter. Danach sind sie bei der Bestimmung der für die Anzahl der Betriebsratsmitglieder ausschlaggebenden Belegschaftsgröße mitzuzählen. Der § 9 des Betriebsverfassungsgesetzes legt fest, dass sich die Zahl der Betriebsratsmitglieder nach der Anzahl der im Unternehmen in der Regel beschäftigten Arbeitnehmer richtet. In Betrieben mit 701 bis 1000 Beschäftigten sind das beispielsweise 13. Bei fünf bis 100 Arbeitnehmern kommt es noch auf die Wahlberechtigung an.

Anders als in früherer Rechtsprechung hat das Bundesarbeitsgericht jetzt entschieden, dass in der Regel beschäftigte Leiharbeiter bei den Schwellenwerten mitzählen, die das Betriebsverfassungsgesetz festlegt. Sie können unter bestimmten Voraussetzungen im Entleiherbetrieb den Betriebsrat mitwählen, allerdings selbst als Betriebsrat nur in ihrer Leiharbeitsfirma kandidieren und dort gewählt werden.

Grundlage für das aktuelle Urteil war die Anfechtung einer Betriebsratswahl durch 14 Arbeitnehmer, in deren Betrieb neben 879 Stammbeschäftigten regelmäßig 292 Leiharbeiter beschäftigt waren. Bei der Wahl wurde diese Zahl jedoch nicht mit einbezogen und deshalb ein nur 13-statt 15-köpfiger Betriebsrat gewählt.

Die Reaktionen auf das höchstrichterliche Urteil sind positiv. Schon lan-

ge treten die Gewerkschaften dafür ein, Kompetenzen und die Handlungsfähigkeit der Betriebsräte in einem Unternehmen zu stärken, das Leiharbeiter beschäftigt. Das sei ein guter Tag für die Demokratie, heißt es beispielsweise aus dem Haus des DGB.

Jörg Reichel, ver.di Fachbereichssekretär Verlage, Druck und Papier vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg, stellt fest, »grundsätzlich sollte es Leiharbeit nur im Ausnahmefall dort geben, wo unvorhergesehene Arbeitsspitzen entstehen.« Jedoch hält er das Urteil für einen deutlichen

DEUTLICHER HINWEIS DES GERICHTES

Hinweis des Gerichtes, dass Leiharbeiter nicht einfach »unterzubuttern« sind und »zum Betrieb dazugehören. Für die Papierverarbeitung und den Druckbereich ist dieses Urteil signifikant.« Gerade große Druckereien greifen in Hochdruckzeiten gern auf Leiharbeiter zurück, einige beschäftigen sie über Monate und Jahre. Im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen werden oft Teile der Stammbesellschaft durch Leiharbeiter ersetzt. In Unternehmen, die auf Leiharbeiter setzen, schätzt Reichel deren Anteil auf fünf bis zehn, mitunter auch bis zu 30 Prozent der Belegschaft. Konkrete Zahlen allerdings lägen nicht vor.

Aber, und das sei entscheidend: Auf die Größe der tatsächlichen Belegschaft zugeschnittene Betriebsräte können sich intensiver um die Interessenvertretung der Leihbeschäftigten kümmern – was bei knapp besetzten Gremien nicht selten zu kurz kommen muss. »Oft sind Betriebsräte buchstäblich überlastet, weil sie sich mit einer großen Zahl von Konflikten ihrer »Stamm«-Kolleginnen und Kolleginnen beschäftigen müssen«, weiß Reichel. »Leiharbeitsfirmen aber haben zumeist keinen Betriebsrat und sind in der Regel nicht tarifgebunden. Umso wichtiger ist, dass Betriebsräte in der Entleiherfirma auch die berechtigten Interessen der Leiharbeiter vertreten, sie in die Belegschaft integrieren und sich für Gleichbehandlung einsetzen. Das Gericht erteilt jetzt den klaren Auftrag an die Betriebsräte, das zu tun – und verschafft den dazu nötigen gesetzlichen Spielraum durch eine Erhöhung der Anzahl der Betriebsratsmitglieder.«

Für den Gewerkschaftssekretär ist das Urteil auch eine angesichts der Arbeitsmarktentwicklung nötige Stärkung der rechtlichen Position von Leiharbeitern. »Es sagt klar: Leiharbeiter gehören zum Unternehmen – und nicht nur zur Firma, die sie ausborgt.«

B. ERDMANN

RECHTSPRECHUNG

■ Gleiches Arbeitsentgelt für Leiharbeiter

Zum »equal pay«-Prinzip, nach dem Leiharbeitern das gleiche Entgelt zu zahlen ist wie vergleichbaren Stammarbeitnehmern, hat sich im März auch das Bundesarbeitsgericht geäußert. Ein Abweichen vom Gleichbehandlungsgrundsatz ist laut Arbeitnehmerüberlassungsgesetz AÜG nur durch einen gültigen Tarifvertrag erlaubt. Nachdem die Nicht-Tariffähigkeit der Christlichen Gewerkschaften Zeitarbeit (CGZP) im Dezember 2010 festgestellt wurde, klagten Leiharbeiter auf Nachzahlung der Differenz. In Revisionen zu diesen Klagen stellte das BAG fest, dass die CGZP keine wirksamen Tarifverträge schließen konnte. Nach § 10 Abs. 4 AÜG haben deshalb Leiharbeiter Anspruch auf das Arbeitsentgelt, das ein vergleichbarer Stammarbeitnehmer des Entleihers erhalten hat. (siehe auch ver.di Newsletter Recht, 03/2013)

ANZEIGE

BER Landebahn endlich fertig.



Lassen Sie sich nichts vormachen. Profis recherchieren mit Presseausweis.

Der aktuelle Presseausweis 2013 steckt in den Taschen zehntausender professioneller JournalistInnen. Immer griffbereit. Denn er legitimiert gegenüber Behörden, Veranstaltern und Polizisten. Bei Akkreditierungen, Recherchen vor Ort, bei politischen und sportlichen Großereignissen, in Archiven und Unternehmen. Er weist die Inhaber als hauptberuflich tätige JournalistInnen aus. Er hilft ihnen weiter.

Presseausweise bei ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel. 030/88 66-54 20, Mo./Di. 9 – 16.30, Mi. 9 – 14.30, Do. 9 – 17 Uhr; www.dju-berlinbb.de